



ADLAS

Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

BUNDESVERBAND SICHERHEITSPOLITIK AN HOCHSCHULEN

Ausgabe 4/2011

5. Jahrgang

FOKUS

DÜSTERE AUSSICHTEN

Zehn Jahre Nato in Afghanistan

NEUE MEDIEN

Eingebettet, ausgebettet

PETERSBERG-PROZESS

»Man will eben sein Gesicht nicht verlieren«

Es mutet ironisch an, dass gerade Afghanistan – ein ressourcenarmes, geopolitisch relativ unwichtiges Binnenland mitten in Asien – zum Fokus westlicher Sicherheitspolitik geworden ist. Der Beweis, dass Deutschland auch am Hindukusch verteidigt wird, muss zwar noch erbracht werden, an der überragenden Bedeutung des Einsatzes bleibt aber kein Zweifel. Afghanistan ist längst zum sicherheitspolitischen Bezugspunkt im 21. Jahrhundert geworden: zum Testfall der Strukturen der beteiligten Armeen, zum Testfall für die Leistungs- und Überlebensfähigkeit der Nato, ja zum Testfall der »utility of force« schlechthin, des Werts des Militärischen in der Welt heute.

Das alles konnten die Teilnehmer und Beobachter der ersten Afghanistankonferenz auf dem Bonner Petersberg 2001 allenfalls erahnen. Jetzt, zehn Jahre später, am 5. Dezember 2011, findet wieder eine Afghanistankonferenz am Rhein statt – unter afghanischem Vorsitz und unter denkbar schlechten Vorzeichen. Die langfristige Stabilisierung des Landes im Hindukusch und die Übergabe der Sicherheitsverantwortung bis zum Abzug der ISAF-Truppen 2014 wollen die Teilnehmer besprechen. Diese Ziele wirken viel zu optimistisch angesichts der desaströsen Lage in Afghanistan und der Kriegsmüdigkeit – und den zunehmend knappen Mitteln – des Westens.

Zehn Jahre Afghanistankonferenz sind Anlass für den *ADLAS*, das Thema in dieser Sonderausgabe zusammenfassend zu beleuchten. Dazu fasst diese Ausgabe die Beiträge unserer Reihe »Schicksalsjahr in Afghanistan« aus dem vergangenen Jahr zusammen, wie zum Beispiel den zeitlosen und sehr persönlichen Bericht »Re: Afghanistan« (**Seite 36**).

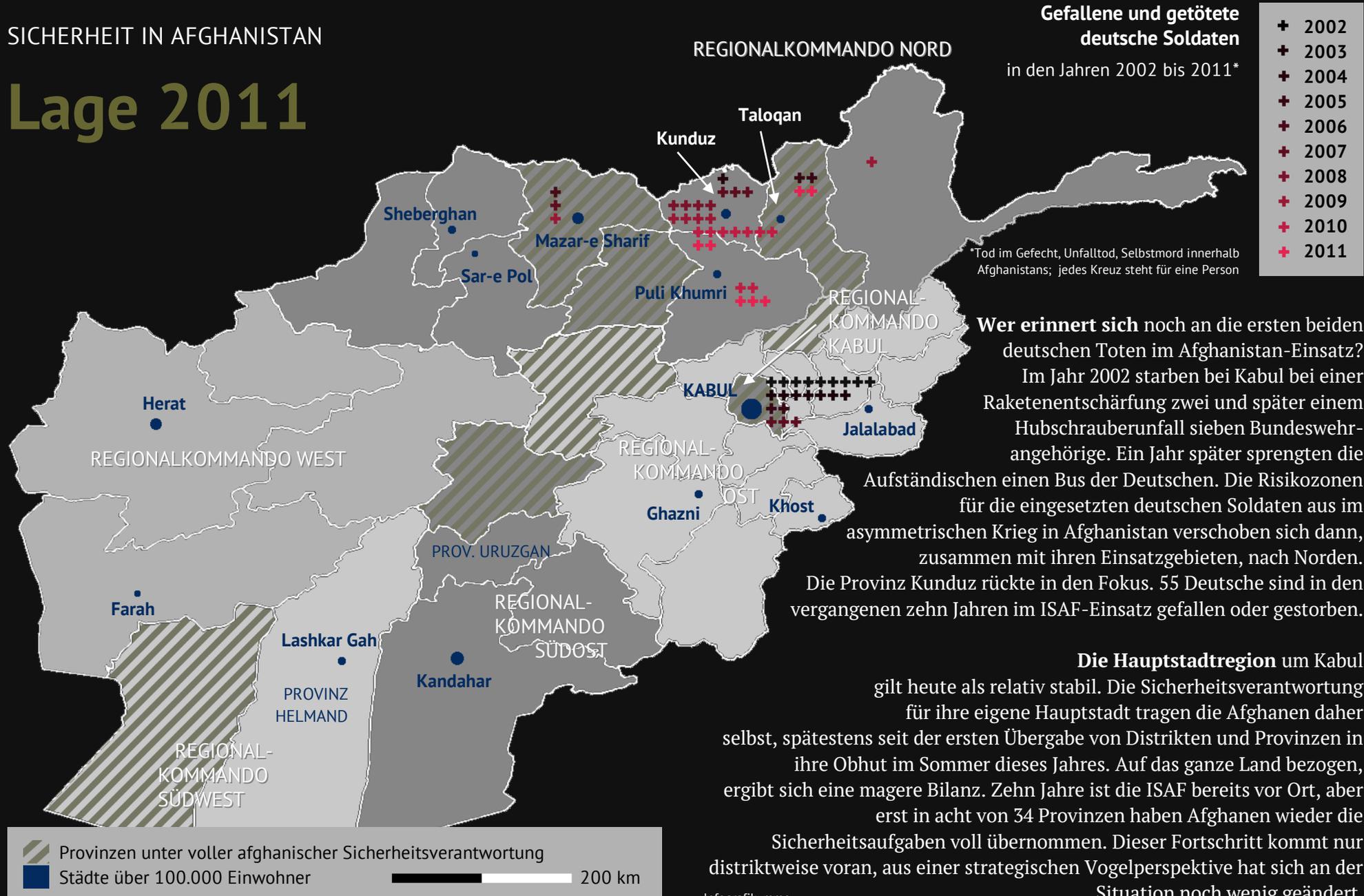
Einen illustrativen Rahmen liefert eine beeindruckende Fotoserie des Projekts »Basetrack« von amerikanischen Journalisten, die ein US-Marineinfanterie-Bataillon im Einsatz begleiteten (**ab Seite 11**). Die Aufnahmen sind so ausdrucksstark, dass wir in diesem Sonderheft auf eine weitere Bebilderung verzichtet haben. <<



HERAUSGEBER

Die Ziele der Afghanistankonferenz wirken viel zu optimistisch angesichts der Lage.

Lage 2011



Gefallene und getötete deutsche Soldaten

in den Jahren 2002 bis 2011*

- + 2002
- + 2003
- + 2004
- + 2005
- + 2006
- + 2007
- + 2008
- + 2009
- + 2010
- + 2011

*Tod im Gefecht, Unfalltod, Selbstmord innerhalb Afghanistans; jedes Kreuz steht für eine Person

Wer erinnert sich noch an die ersten beiden deutschen Toten im Afghanistan-Einsatz?

Im Jahr 2002 starben bei Kabul bei einer Raketenentschärfung zwei und später einem Hubschrauberunfall sieben Bundeswehrangehörige. Ein Jahr später sprengten die Aufständischen einen Bus der Deutschen. Die Risikozonen für die eingesetzten deutschen Soldaten aus im asymmetrischen Krieg in Afghanistan verschoben sich dann, zusammen mit ihren Einsatzgebieten, nach Norden. Die Provinz Kunduz rückte in den Fokus. 55 Deutsche sind in den vergangenen zehn Jahren im ISAF-Einsatz gefallen oder gestorben.

Die Hauptstadtregion um Kabul gilt heute als relativ stabil. Die Sicherheitsverantwortung für ihre eigene Hauptstadt tragen die Afghanen daher selbst, spätestens seit der ersten Übergabe von Distrikten und Provinzen in ihre Obhut im Sommer dieses Jahres. Auf das ganze Land bezogen, ergibt sich eine magere Bilanz. Zehn Jahre ist die ISAF bereits vor Ort, aber erst in acht von 34 Provinzen haben Afghanen wieder die Sicherheitsaufgaben voll übernommen. Dieser Fortschritt kommt nur distriktweise voran, aus einer strategischen Vogelperspektive hat sich an der Situation noch wenig geändert.

Infografik: mmo

Provinzen unter voller afghanischer Sicherheitsverantwortung
 Städte über 100.000 Einwohner

RÜCKBLICK AFGHANISTAN

- 5 **ENTSCHEIDUNGSJAHR: Entscheidung erneut vertagt**
2010 und auch 2011 sollten im Kampf gegen Taliban und andere Aufständische einen Erfolg bringen. David Petraeus ist geduldiger.
- 8 **PETERSBERG-PROZESS: »Man will eben sein Gesicht nicht verlieren«**
Der Blogger und Reserve-Offizier Boris Barschow blickt wenig optimistisch auf die Afghanistankonferenz 2011.
- 11 **NEUE MEDIEN: Eingebettet, ausgebettet**
Ein journalistisches Projekt kollidiert mit dem US Marine Corps. Übrig geblieben sind beeindruckende Fotoreportagen.
- 23 **ALLIIERTE: Bündnistreue contra Kriegsmüdigkeit**
2010 befasste sich *ADLAS* mit ausgewählten ISAF-Truppenstellern. Ein Rückblick auf London, Canberra, Ottawa und Bukarest.
- 26 **FRANKREICH: Das Privileg des Präsidenten**
In Frankreich findet eine Debatte um die ISAF-Beteiligung kaum statt. Das ist Nicolas Sarkozy nur recht.
- 28 **NIEDERLANDE: Der Erste ließ das Licht noch an**
Im Februar 2010 stürzte die niederländische Regierung über den Afghanistaneinsatz. Ein Präzedenzfall für die Nato.
- 31 **NATO-PLANUNG: »Vage Kompromissformeln ersetzen keine konkrete Strategie«**
Der Einsatz in Afghanistan krankt vor allem am Fehlen eines einheitlichen Ziels, so Philipp Münch von der Berliner SWP.
- 36 **EINSATZERFAHRUNG I: Re: Afghanistan**
Ein deutscher Militärberater berichtet sehr persönlich von seinen Erlebnissen am Hindukusch.
- 40 **DOLMETSCHER: Männer ohne Eigenschaften**
Ohne kompetente »Sprachmittler« geht nichts.
- 42 **MILIZENFÜHRER: Der Raubritter von Uruzgan**
An einem Kriminellen und zugleich Nato-Verbündeten zeigen sich die Widersprüche des Afghanistankriegs.
- 45 **NOTIZ / ZIVILE SICHERHEIT: Der etwas andere Dienstleister**
- 47 **DISKURS: Arbeitslos und sicher**
Welche Rolle spielt individueller wirtschaftlicher Erfolg in der Aufstandsbekämpfung? Eine US-Studie überrascht mit gewagten Thesen.
- 50 **EINSATZERFAHRUNG II: Krieger in der Minderheit**
Es darf geschossen werden. Die neuen Einsatzregeln verändern den Charakter der Bundeswehr.
- 53 **KUNDUZ-AFFÄRE: Absolution oder falsche Kameradschaft?**
Mit Einstellung aller Straf- und Disziplinarverfahren gegen Oberst Klein wurde ein Schlussstrich gezogen. Zu Recht?
- 2 EDITORIAL
- 3 WELTADLAS
- 4 INHALT
- 56 IMPRESSUM UND AUSBLICK

ENTSCHEIDUNGSJAHR

Entscheidung erneut vertagt

von Michael Seibold und Marcus Mohr

>> **Am deutlichsten** hatte US-General Stanley McChrystal beschworen, dass im Jahr 2010 die Würfel fallen müssten: »Failure to gain the initiative and reverse insurgent momentum in the near-term (next 12 months) risks an outcome where defeating the insurgency is no longer possible«, so der damalige ISAF-Kommandeur im September 2009. Etwas anderes lässt auch die US-Administration bis heute nicht gelten, denn im Sommer 2011 begann der Abzug amerikanischer Soldaten vom Hindukusch, wie mehrfach von Präsident Barack Obama angekündigt.

Ein Vierteljahr nach McChrystals Festlegung fielen die Würfel aber zunächst ganz anders: Obama entließ ihn nach einem allzu offenen Interview im Rolling Stone Magazine und benannte General David H. Petraeus als dessen Nachfolger.

Petraeus wurde beauftragt, die schon im Irak erfolgreiche »Surge«-Strategie auf Afghanistan übertragen: Deutlich mehr Soldaten sollten den Aufständischen die militärische Initiative entreißen, damit kurzfristig die Sicherheit erhöhen und es der Koalition erlauben, die Sicherheitsverantwortung so bald wie möglich auf die Afghanen zu übertragen.

Petraeus – ein erfahrener und ausgewiesener Experte der Aufstandsbekämpfung – aber begann schnell damit, seine eigene Regierung und die Verbündeten darauf vorzubereiten, dass der Kampf länger dauern könnte als geplant. Ein Jahr nach den optimistischen Äußerungen seines Vorgängers verschob der ISAF-Kommandeur in einem Leitartikel des Army Magazine im Oktober 2010 die Hoffnungen der Koalition auf 2011:

Bereits das Jahr 2010 hatte im Kampf der ISAF gegen die Aufständischen in Afghanistan die Entscheidung bringen sollen. Ein deutlicher Erfolg ist ihr aber versagt geblieben. Während die US-Regierung noch auf dem Abzugsbeginn im Sommer bestand, äußerte sich ISAF-Chef David Petraeus zurückhaltender. Er hat inzwischen das Kommando abgegeben. Indes nimmt der Zusammenhalt der Koalition weiter ab, auch in Berlin bröckelt der parteiübergreifende Konsens, der bislang den deutschen Einsatz am Hindukusch stützte. Wären die vielen Gefallenen nicht, könnte man auch für das Folgejahr 2011 zusammenfassen: »Im Osten nichts Neues.«

»The year ahead will be a critical period during which we can help our Afghan partners further their gains and work toward long-term security and economic opportunity in their country.« Die Zeit bislang habe die »Bedingungen für Fortschritt« geschaffen. Demnach erwartete Petraeus Fortschritt also erst für dieses Jahr. Entsprechend wollte er, so hieß es, den Truppenabzug nicht im Juli 2011 beginnen, sondern abwarten, wie sich die Situation entwickelt. Am 18. Juli wurde er durch General John R. Allen abgelöst. Die neue militärische Führung scheint die Entscheidung noch abzuwarten.

Die Offensiven der Verbündeten im Süden Afghanistans kamen trotz ihres großen Umfangs in der Tat nur langsam voran. Die »clear and hold«-Taktik der ISAF schreitet bis heute nur Distrikt >>

ENTSCHEIDUNGSJAHR

um Distrikt voran – wie auch nur Distrikt um Distrikt an die afghanischen Sicherheitskräfte übergeben wird. Entscheidungsschlachten blieben aus, in den Unruheprovinzen herrscht Kleinkrieg. Es rächte sich, dass der Kriegsschauplatz am Hindukusch so lange von der Führungsmacht USA vernachlässigt worden war. Die Taliban waren vorbereitet und dementsprechend musste die ISAF 2010 so viele Verluste wie noch nie seit Beginn ihres Einsatzes hinnehmen.

Und selbst am Ende dieses afghanischen »Surge« sind die Aufständischen immer noch in der Lage, politisch spektakuläre Nadelstiche zu führen, die helfen, ihre wahren Kapazitäten zu verschleiern. Dass Ende Mai 2011 der deutsche Kommandeur des ISAF-Nordabschnitts nur knapp aus einem Anschlag mit dem Leben davongekommen ist, spricht Bände für die unberechenbare Natur dieses asymmetrischen Auseinandersetzungs. Auch mit noch so vielen Bodentruppen lassen sich solche Terroraktionen nicht vermeiden.

Bedingungen für Fortschritt sind kein Fortschritt.

Auch politisch ist noch keine Entscheidung gefallen. Zwar sind die ersten Abzugskandidaten mittlerweile ermittelt – die Niederlande zogen 2010 ab, Kanada folgte in diesem Dezember, die französische Meinung schwankt –, doch gerade aus

deutscher Sicht scheint alles offen. Ende Januar verlängerte der Bundestag das Mandat für die deutsche ISAF-Beteiligung zuletzt. Mit der expliziten Perspektive auf eine Truppenreduzierung zwar, aber nur wenn sich die Sicherheitslage bis Ende 2011 verbessert hat. Dieses Caveat ist der vergangenen Meinungsverschiedenheit zwischen dem vorigen Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg und Außenminister Guido Westerwelle geschuldet. Man könne nicht so weit in die Zukunft schauen und müsse sehen, wie die Lage konkret zu Jahresende aussehe, so zu Guttenberg Anfang des Jahres. Westerwelle hingegen war sich sicher: »Wir werden in diesem Jahr mit der Rückführung der Präsenz der Bundeswehr zum Ende des Jahres beginnen.«

Wie in der Regierungskoalition spiegeln sich auch in der Opposition zwei Meinungen wider: Trotz der offiziellen Linie der SPD-Führung, die den Afghanistaneinsatz der Bundeswehr weiter unterstützt, mehrten sich die Stimmen in der Partei, die sich offen für einen sofortigen Abzug aussprechen, unter ihnen der Ministerpräsident Mecklenburg-Vorpommerns Erwin Sellering. Die Grünen indes zeigten sich bei der letzten Mandatsabstimmung im Reichstag als gespalten, viele von ihnen enthielten sich der Stimme. Wirklich entscheidend schien 2010 also nicht gewesen zu sein – 2011 wird kaum anders enden.

Wirklich sicher sind sich auch die Autoren des »Fortschrittsbericht Afghanistan« der Bundesregierung nicht: »Das Jahr 2010 könnte jedoch auch als Wendepunkt betrachtet werden«, denn die neue ISAF-Strategie habe »2009 und 2010 die Voraussetzungen dafür geschaffen, den Abwärts-

trend zu stoppen«, hieß es im letzten Dezember. Es seien somit »alle Voraussetzungen für eine spürbare Trendwende im Jahr 2011 gegeben.« Kaum eine andere Wortwahl als General Petraeus sie getroffen hat. Immerhin: Ein Minimalziel wä-

Minimalziel erreicht

re erreicht, wenn die stetige Verschlechterung der Sicherheitslage im vergangenen Jahr aufgehalten wurde. Erst im Vergleich mit den folgenden zwei Jahren bis zum endgültigen Ende der ISAF-Mission kann festgestellt werden, ob diese Behauptung des deutschen Afghanistanbeauftragten Michael Steiner zutrifft. Klare Ergebnisse aber sehen anders aus. Das Entscheidungsjahr 2010 war also keines. Es blieb beim Unentschieden in Afghanistan.

Die ISAF-Truppen konnten auch 2011 keinen entscheidenden Durchbruch erzielen. Im Gegenteil: ihr Rückhalt in der afghanischen Bevölkerung nahm genauso ab, wie die Aussichten, langfristig Erfolg zu bewahren. Im Vorfeld der Afghankonferenz veröffentlichte die *Bild* denn auch Inhalte düsterer Prognosen der US-Streitkräfte und der Bundeswehr, die auch die seriösere Presse aufgriff. »Wenn die ISAF-Truppen das Land verlassen, wird es Bürgerkrieg geben«, so zitiert das Boulevardblatt einen US-Offizier. Nach Pakistan geflüchtete Führer der Aufständischen würden das Vakuum, das die westlichen Truppen nach 2014 hinterlassen, nutzen und nach Afghanistan zurückkehren. Damit >>

ENTSCHEIDUNGSJAHR

scheint sich Stanley McChrystals zwei Jahre alte Prognose zu bewahrheiten. Es ist der ISAF tatsächlich weder 2010 noch 2011 gelungen, die Initiative zu gewinnen und den Trend umzukehren. Kein gutes Omen für 2014.

Ein Karrierewechsel als Menetekel

Und ausgerechnet die Jubiläumskonferenz des »Petersbergprozesses« steht unter einem ebenso schlechten Stern. Ein Hubschrauberangriff von Nato-Truppen an der Ostgrenze Afghanistans führt Ende November zum Tod von 26 pakistanischen Soldaten. Daraufhin sagt Islamabad umgehend seine Teilnahme an der Bonner Zusammenkunft ab, die doch die Stabilisierung Afghanistan in der Region voran bringen sollte. Auch stehen Gewährleistung und Sicherheit der Versorgungslinien der ISAF über Karatschi in Pakistan zur Debatte.

Obendrein meldet der britische *Guardian* fünf Tage vor der internationalen Konferenz, dass die Finanzierung der afghanischen Sicherheitskräfte in dem von der ISAF vorgesehenen Umfang nicht gesichert sei. Eine Lücke von rund vier Milliarden US-Dollar tue sich in Kabuls Staatssäckel nach 2014 auf. Statt der geplanten 352.000 Mann in der Armee und der Polizei Afghanistans werden sich wohl nur 220.000 bezahlen lassen. Eine Deckung für das Defizit wird schwer zu finden sein, herrscht doch in den Kassen der westlichen Geber

fast eine so gähnende Leere wie in der des wirtschaftlich immer noch unterentwickelten Landes im Hindukusch.

Einziger Lichtblick, so makaber das klingen mag: die Tötung Osama bin Ladens. Eine Katharsis für die amerikanischen Opfer islamistischer Terroristen. Dieser historische Erfolg der US-Geheimdienste stellt sich aber auch als zweischneidig heraus. Denn obwohl die Taliban alles andere als wirklich besiegt sind, bestärkte das forcierte Ableben des »Terrorpaten« – neben einer weiteren Provokation des labilen Pakistan – viele Kommentatoren in der westlichen Welt in der Ansicht, dass der ganze »Krieg gegen den Terror« nun auch beendet werden könnte und müsste.

An der Person bin Laden wird deutlich, wie dieser Krieg mittlerweile zerfasert ist: Er hat mit bin Laden als böses Genie hinter den Angriffen des 11. September 2001 begonnen, und ist für Washington und seine Verbündeten nun zu einer sicherheitspolitischen Hydra geworden. So führt denn auch die westliche Allianz – trotz der vergangenen offiziellen Zusammenlegung von ISAF und »OEF« – de facto zwei Kriege am Hindukusch: Da ist zum einen die internationale Stabilisierungsmission innerhalb der afghanischen Grenzen, die zur bewaffneten Auseinandersetzung mit einer Vielzahl von Aufständischen geworden ist. Zum anderen aber findet über die Grenzen des Landes hinaus ein klandestiner Konflikt statt, den nicht die Militärs, sondern Geheimdienste austragen, und dieser wird uns über das Jahr 2014 erhalten bleiben.

Damit war im Jahr 2011 wohl das Entscheidende nicht die Entwicklung der militärischen

Lage in Afghanistan, sondern eine Personalie: David Petraeus, der hochdekorierte und hochgelobte Soldat, wurde von Präsident Obama zum Chef der amerikanischen Spione gemacht. Er ist wieder Zivilist und seit dem 6. September Direktor der Central Intelligence Agency. Das ist nicht nur ein Karrierewechsel für Petraeus, sondern ein Menetekel für die Zukunft auch in Afghanistan. <<

Quellen und Links:

[Bericht der *Welt* vom 2. Dezember 2011 zur Sicherheitslage im Vorfeld der Afghanistankonferenz](#)

[Exklusivbericht des *Guardian* vom 1. Dezember über die Finanzierungslücke der afghanischen Sicherheitskräfte](#)

[Zwischenbericht zum Fortschrittsbericht Afghanistan der Bundesregierung vom Juli 2011](#)

[Bericht des *Hamburger Abendblatts* vom 29. Januar 2011 über die Mandatsverlängerung des Bundestages](#)

[David Petraeus im *ARMY Magazine* vom Oktober 2010](#)

>>

PETERSBERG-PROZESS

»Man will eben sein Gesicht nicht verlieren«

Interview: Stefan Stahlberg

Boris Barschow, der regelmäßig über den Einsatz der ISAF in Afghanistan bloggt und als Reserveoffizier der Bundeswehr selbst mehrmals am Hindukusch war, erwartet von der diesjährigen Afghanistankonferenz nicht viel. Zudem zweifelt er daran, ob die Strukturreform der deutschen Streitkräfte, trotz der Einsatzerfahrung, zu einer höheren Schlagkraft führen wird.

ADLAS: Herr Barschow, die erste Afghanistankonferenz liegt genau zehn Jahre zurück. Wie bewerten Sie das Fortkommens des »Petersberg-Prozesses«, die Fortschritte der Entwicklung am Hindukusch bis heute?

Boris Barschow: Nun, ich habe Afghanistan aus verschiedenen Perspektiven erlebt: als Reservist

der Bundeswehr, als Journalist und Blogger und als Mensch. Der Einsatz dort dauert nun schon länger als der Zweite Weltkrieg. Mein Fazit auf den Punkt gebracht? Die Welt hat es versäumt, Afghanistan wirklich zu helfen. Wenn die Nato 2014 nach und nach aus Afghanistan verschwindet, prophezeien alle Experten einen erneuten Bürgerkrieg. Ich wünsche mir, es würde nicht so kommen, denke aber: Afghanistan hat vor zehn Jahren bei minus 20 begonnen und ist jetzt auf Null. Fragen Sie mich noch einmal in zehn Jahren ...

Was erwarten Sie von der diesjährigen Zusammenkunft, die bezeichnenderweise unter afghanischem Vorsitz stattfinden wird?

Weil Pakistan seine Teilnahme abgesagt hat, erwarte ich nicht viel von dieser Konferenz. Von >>



Foto: privat

BORIS BARSCHOW

arbeitet als Chef vom Dienst beim Ereignis- und Dokumentationskanal *Phoenix*. In den Jahren zwischen 2007 und 2009 war er dreimal in Afghanistan, zweimal davon als Redakteur der Nato-Zeitschrift *Sada-e-Azadi*, zu Deutsch »Stimme der Freiheit«, im ISAF-Hauptquartier in Kabul, einmal als interkultureller Einsatzberater in Mazar-e Sharif. Seit 2007 betreibt er das Afghanistan-Blog, in dem er über das Land am Hindukusch, seine Menschen und den Nato-Einsatz dort berichtet.

»Interkulturelles Verständnis fehlt in diesem Einsatz immer noch.«

afghanischen Beobachtern höre ich immer wieder das Wort »Augenwischerei«.

Wäre es richtig, nun auch Vertreter der Taliban zu beteiligen?

Demokratisch gesehen »ja«, aber rein faktisch »nein«. Gemäßigte Taliban? Das sind Wochenendkämpfer und Teilzeitbauern, die sich nicht richtig entscheiden können. Für wen sollten deren Worte auf dieser Konferenz ein Gewicht haben? Ich weiß es nicht!

Wie bewerten die Afghanen im Land selbst mittlerweile den Einsatz der Nato und den geplanten Abzug? Und wie bewerten Sie in dem Zusammenhang das geplante afghanisch-amerikanische Abkommen, das auf der Loya Jirga im November beraten wurde?

Viele Afghanen, mit denen ich gesprochen habe, empfinden den Abzug als Versagen. »Man will eben sein Gesicht nicht verlieren«, höre ich da immer öfter. Natürlich empfinden viele Afghanen die Nato aber auch als Besatzer und sind froh, dass sie offenbar bald weg ist. Die Aufständischen

nutzen dafür auch ihre Propaganda – sie erzählen den Bauern: »Wenn die Ausländer nicht hier wären, müssten wir sie nicht bekämpfen. Und müssten wir sie nicht bekämpfen, gäbe es auch keine zivilen Opfer.« Dieser Gedankengang funktioniert. Mir sagte mal ein ranghoher Afghane: »Ihr Westler müsst endlich mal damit beginnen, zu definieren, wer eigentlich euer Feind ist. Der Taliban und der, der so tut als wäre er ein Taliban, al Qaida oder jemand, der so tut als wäre er al Qaida.« Ich denke, wir hören den Afghanen zu wenig zu und lassen nur unsere Gedankenansätze als die richtigen gelten. Interkulturelles Verständnis fehlt in diesem Einsatz immer noch.

Was halten die Exil-Afghanen vom Abzug?

Die sind hin- und her gerissen. Sie haben viel mehr Verständnis für den ISAF-Einsatz und sind diesem auch dankbar. Gleichzeitig sagen sie aber, dass sie vor einem weiteren Bürgerkrieg Angst haben.

Für Ex-Verteidigungsminister Peter Struck ist Hamid Karzai die größte Enttäuschung seit der ersten Pe-

tersberg-Konferenz 2001. Welche Alternativen gibt es für Afghanistan zu Karzai, welche für die ISAF?

Jetzt kann Herr Struck ja gut kritisieren. Während seiner Amtszeit als Verteidigungsminister hätte er so etwas bestimmt nie behauptet. Jeder Präsident, der von den Afghanen selbst gewählt und erkoren wird, kann ein guter Präsident sein, aber bis dahin wird es wohl noch ein langer, weiter Weg sein. Und Karzai selbst darf laut Verfassung 2013 nicht wiedergewählt werden.

War es richtig, immer mehr auf die Zusammenarbeit mit lokalen Milizführern zu setzen, beziehungsweise hat die ISAF ihre lokalen Partner sorgfältig genug ausgewählt?

Afghanen hängen ihr Fähnchen gerne in den Wind. Das tut bestimmt jeder, der in Not ist und ums politische Überleben kämpft. Aber ich behaupte, dass die Soldaten oft gar nicht überblicken können, was sie mit ihren vermeintlich guten Taten an Chaos in der afghanischen Gesellschaft anrichten. Da kann dann auch lang erarbeitetes Vertrauen schnell über Bord gehen. >>

Welche Rolle wird Pakistan in Afghanistan nach dem Abzug der Nato spielen?

Eine enorme: Ohne Pakistan wird es keine Lösung für Afghanistan geben. Islamabad hat ja aber seine Teilnahme an der Bonner Konferenz abgesagt ...

Der Afghanistan-Einsatz ist der intensivste Bundeswehreinsatz seit ihrer Gründung. Wie sehr hat er die deutschen Streitkräfte verändert?

Sehr. Laut Verfassung haben wir ja immer noch eine Verteidigungsarmee. Allerdings sind wir sehr »auslandslastig« geworden und erfüllen unsere Bündnispflichten, obwohl die Bundeswehr dafür immer noch nicht richtig ausgerüstet ist. Dann haben wir bald eine Strukturreform der Bundeswehr hinter uns, weniger Standorte, weniger Soldaten. Wie man da »schlagkräftiger« werden will, ist mir ein Rätsel. Das sagen auch viele hohe deutsche Offiziere, allerdings nur hinter vorgehaltener Hand. Und weil die Wehrpflicht abgeschafft wurde, entfernt sich unsere sicherheitspolitisch desinteressierte Gesellschaft nur noch weiter von unseren Streitkräften.

»Wie die Bundeswehr schlagkräftiger werden will, ist mir ein Rätsel.«

Wird die Bundeswehr aus dem Afghanistan-Einsatz »lessons learned« für weitere Einsätze ziehen oder wiegt die Meinung vor, in solche Art Einsätze nicht wieder zu ziehen?

Ich hoffe doch. Wenn aber sämtliche Afghanistan-Erkenntnisse genauso gelöscht werden oder nicht aufgearbeitet werden, wie es bei manchen Einsatzkontingenten der Bundeswehr im passierte, dann findet sich bestimmt bald eine nächste Krise und die gleichen Fehler werden nochmal gemacht. <<

Quellen und Links:

[Afghanistan-Blog von Boris Barschow](#)

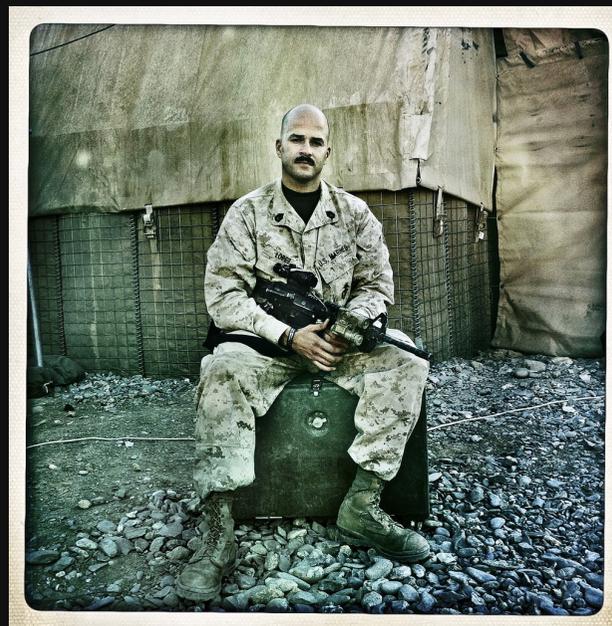
[Website des Auswärtigen Amts zur internationalen Afghanistankonferenz 2011](#)

[Verfassung der Islamischen Republik Afghanistan](#)

Eingebettet, ausgebettet

Text: Christian Kollrich • Fotos: Balasz Gardi und Teru Kuwayama

Soziale Medien und Soldaten haben eine schwierige Beziehung. Die Eigendynamik, mit der sich Informationen verbreiten, ist dem Militär suspekt. Andererseits erreicht man dort direkt, ohne Umweg über die klassischen Medien, die Öffentlichkeit. Das Projekt »1-8 Basetrack« ist eine Geschichte von Versöhnung der beiden Positionen mit zunächst spektakulären Ergebnissen: Ein Team um den Fotojournalisten Teru Kuwayama sollte die US-Marines des 1. Bataillons des 8. Regiments ein Jahr lang hautnah begleiten und annähernd in Echtzeit berichten. Nach einem halben Jahr bekam das Marine Corps kalte Füße.



Ein afghanischer Zivilist geht an einem US-Marineinfanteristen vorbei, der sich auf Patrouille im Distrikt Nwozad, Provinz Helmand, im Süden Afghanistans befindet.

Gunnery Sergeant Chris Lopez, ein 33-Jähriger aus Visalia, Kalifornien, in der Patrol Base »Talibjan«. Provinz Helmand, 8. November 2010.

BASETRACK

>> **Major Justin Ansel** überraschte den New Yorker Fotojournalisten Teru Kuwayama mit seinem Anruf. Der stellvertretende Kommandeur des 1. Bataillons des 8. Regiments des US-Marines fragte im April 2010 den Fotografen mit fast zehnjähriger Zentralasienerfahrung, ob er interessiert wäre, den Einsatz der US-Marineinfanteristen in der afghanischen Provinz Helmand zu begleiten. Entgegen dem sonst üblichen Embedding von nur ein paar Wochen, sollte diese Begleitung die gesamte Einsatzdauer von einem Jahr umfassen. Ansel könne den Zugang organisieren, Kuwayama müsse das Team und das Geld auftreiben.

Kurz vorher hatten die amerikanischen Streitkräfte den Bann aufgehoben, den sie bis dahin über den Umgang mit Facebook und anderen sozialen Medien verhängt hatten. Die klassischen Medien haben für eine derart lange Einsatzbegleitung, wie Ansel sie vorschlug, keine Verwendung, waren nicht bereit, sie zu finanzieren. Kuwayama bewarb sich deshalb für ein »John S. Knight Fellowship« der Stanford University und gewann. Ein Stipendium über 200.000 US-Dollar würde die Entwicklung neuer Wege journalistischen Arbeitens ermöglichen. Das Ergebnis war das Projekt »1-8 Basetrack«. Die Berichterstattung begann im Oktober 2010.

Unter *Basetrack.org* stellten Kuwayama und seine Mitstreiter Karten des Einsatzgebiets des Marines, eine Zeitleiste, einen Newsfeed und Quellen zur Entwicklung des Konflikts bereit. Basetrack bot ein Fenster in diesen Krieg, durch das nicht nur die amerikanische Öffentlichkeit einen besseren Einblick erhalten sollte, sondern mit ihr auch die Familien der Soldaten. Sie sollten be-

greifen, was es heißt, am Hindukusch zu kämpfen, und sie sollten eine Ahnung davon bekommen, wie der Alltag ihrer Angehörigen ein Jahr lang aussah. Die Eindrücke reichten von vermeintlich banalen Dingen, wie der Verpflegung, bis zu existenziellen, wie Tod und Verwundung.

Heimkehrende Soldaten beklagen oft das Unverständnis für sie und ihr Erleben, das ihnen bei ihrer Rückkehr und darüber hinaus entgegengebracht wird. Basetrack sollte dieses Unverständnis abbauen, indem es quasi ermöglichte, so hautnah dabei zu sein, wie es die neuen Medien eben zulassen.

Dafür wurden Videos, Interviews, Fotos, Berichte und Reportagen kombiniert, auf einer speziellen Google-Karte lokalisiert, bei Basetrack zusammengefasst und auf *Facebook* zur Diskussion gestellt. Rasch habe sich eine Gemeinschaft von Angehörigen und Interessierten gebildet, mehr als 3000 Nutzer haben die Seite täglich besucht, berichtete Kuwayama gegenüber *ADLAS*.

Obwohl es das Marine Corps selbst war, das den Anstoß zu dem Projekt gegeben hatte, waren nicht alle innerhalb der militärischen Entscheidungskette glücklich mit dem Verlauf. Nach einem halben Jahr, Anfang Februar 2011, wurden Kuwayama und sein Partner zum Abbruch des Projekts aufgefordert. Grund: Operationssicherheit. Eine Entscheidung, die auf den ersten Blick nachvollziehbar scheint. Immerhin verknüpfte Basetrack Beschreibungen von Operationen mit Kartendaten auf *Google Maps*. Auch wenn Berichte über einzelne Operationen erst nach ihrem Abschluss eingestellt wurden, akkumulierte sich doch eine ansehnliche Datenmenge, aus der die >>



Marines schützen sich vor dem Staub, den die Rotoren einer MV-22 »Osprey« aufwirbelt, die gerade in der Forward Operating Base »Delaram« landet.

Foto: Teru Kuwayama

**So hautnah dabei sein,
wie es die neuen
Medien eben zulassen.**

BASETRACK

Aufständischen vielleicht Rückschlüsse auf das Vorgehen der Marines hätten ziehen können.

Kuwayamas Team hatte versucht, dem vorzubeugen und entwickelte ein »denial-of-information«-Tool: Würde ein Bildinhalt oder eine Information die Operationssicherheit der Truppe aus Sicht der kontrollierenden Marines gefährden, konnten sie ihn ohne weitere Rücksprachen vor der Veröffentlichung durch eine elektronische Schwärzung entfernen. Das Programm war so gestaltet, dass sich ein mit der Schwärzung verknüpftes Pop-Up Fenster öffnete, in dem der Zensor sich erklären konnte.

Das fanden die Betroffenen Kontrolleure womöglich immer unangenehm. Denn plötzlich wurden die, teilweise absurden, Details der Regeln deutlich, die bisher bequem hinter dem Begriff »Operationssicherheit« verschwanden. Ein Bild beispielsweise sollte zensiert werden, weil der Marine auf dem Foto nicht angemessen rasiert sei. Nach einem viertägigen Einsatz inklusive Feuergefecht wohlgerückt. Das schien dann im Lichte der Transparenz doch zu weit zu gehen und das Foto wurde nicht zensiert. Das »denial of information«-Tool erwies sich in dem Fall sogar als Werkzeug zur Verhinderung von Zensur.

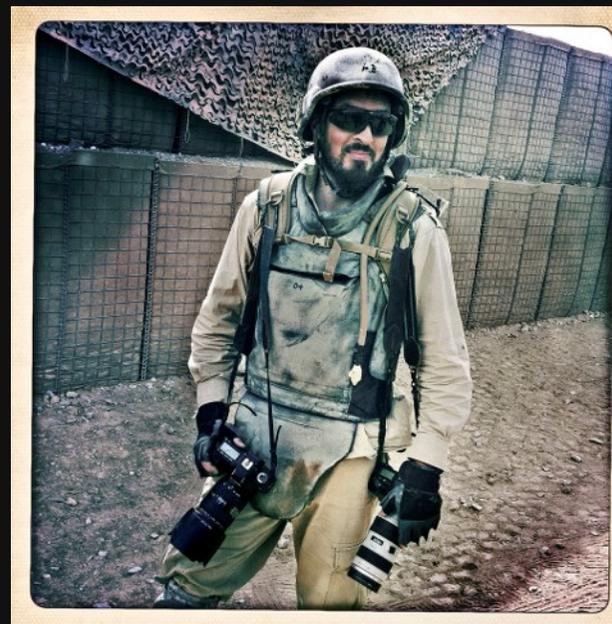
Wenige Tage nach der »Ausbettung« mit dem Abbruch der Projektzusammenarbeit musste das Militär zugeben, dass es keine Verletzung der Operationssicherheit hatte feststellen können. Dennoch wurde das Embedding widerrufen, auch ein Proteststurm der Angehörigen änderte an dieser Entscheidung nichts.

Das Material dieses einmaligen halben Jahres ist aber weiterhin zugänglich. Die Website ist ak-

An der Frage der Operationssicherheit vorerst gescheitert

Der kanadische Fotograf Finbarr O'Reily in der Patrol Base »Talibjan« in der Provinz Helmand am 4. November 2010. O'Reily nahm nicht am Projekt »Basetrack« teil, sondern war regulär bei der ISAF eingebettet.

Foto: Balasz Gardi



tiv, der Facebook-Account wird laufend aktualisiert und die Bilder sind über Flickr verfügbar. Alles steht dort unter »Creative Commons«-Lizenz, darf also für nicht-kommerzielle Zwecke frei verwendet werden. Bemerkenswert bleibt, dass selbst so umfangreiches Material nichts hervorgebracht hat, was für die US-Streitkräfte ein zu großes Risiko gewesen wäre. Das Projekt war ein echter Schritt in Richtung neuer Formen des journalistischen Arbeitens – der aber vorerst gescheitert ist. <<

Quellen und Links:

[Vortrag Teru Kuwayamas »Taking Wordpress to War« auf der Konferenz »Wordcamp« am 14. August 2011 in San Francisco \(Video, ca. 40 Minuten\)](#)

[Hintergrundberichts des Blogs *Danger Room* des US-Magazins *Wired* vom 2. März 2011](#)

[Interview mit Teru Kuwayama im Foto-Blog der *New York Times* am 21. Dezember 2010](#)

[Die Website von »1-8 Basetrack«](#)



Lance Corporal Kevin Daly in einer Ruhepause während eines Unternehmens in der Nähe des Dorfes Doghaka im Bezirk Musa Qala in der Provinz Helmand am 7. November 2010. Seine Einheit ist auf feindliches Gebiet vorgedrungen, um Aufständische zu vertreiben oder in Gefechte zu verwickeln und auszuschalten.

Das Bild war bereits im Juli 2011 der Aufmacher eines Foto-Essays der *Foreign Policy*.

Die Redaktion fand die Bilder so ausdrucksstark, dass sie damit das nahende zehnjährige Jubiläum des Afghanistankrieges bebilderte. Drei Tage später meldete sich *National Geographic* beim Basetrack-Fotografen Balasz Gardi, um die Serie zu übernehmen.



Lieutenant Rain und Captain Campbell verlassen eine Shura, ein Stammestreffen, mit den Ältesten des Dorfes Kunder, in der Nähe des Combat Outpost 7171 in Helmand, am 27. Oktober 2010.

Fotos: Balasz Gardi

Marines sichern die Shura von Kunder.



Ein afghanischer Gefangener in der Patrol Base »Talibjan« in Helmand, am 7. November 2010. Der Mann wurde im Laufe einer Operation festgenommen, als er gesehen wurde, wie er die Marines beobachtete und ein Funkgerät benutzte. Nach einer Befragung wurde er am folgenden Tag aus dem Gewahrsam entlassen.

Das Bild wurde im Rahmen eines Interviews mit Teru Kuwayama im Dezember 2010 auf der Website der *New York Times* veröffentlicht. Das veranlasste die für Öffentlichkeitsarbeit zuständige Abteilung der US-Streitkräfte auf der Bagram Airbase in Afghanistan, die Zeitung zu kontaktieren. Man bat, das Bild von der Website zu entfernen, da es dem Ansehen der Streitkräfte schaden könnte. Die *Times* kam der Bitte nicht nach.

Foto: Balasz Gardi

BASETRACK



Provisorische Toilette in der Patrol Base »Talibjan«.

Fotos: Balasz Gardi

Marines des Transportzuges der »1-8« kaufen Zigaretten von einem afghanischen Jungen auf einem Parkplatz vor der Forward Operating Base »Minden«.





Junge Sportlerinnen des afghanischen Frauen-Boxteams. Die 20-jährige Fahima Rahimi (erste von links) posiert mit ihren Schwestern Shabnum (18) und Sadaf (17) in einem Trainingsraum im Ghazi-Stadion in Kabul.

Fotos: Balasz Gardi

Der ehemalige Polizeichef von Kandahar, Mohammed Mujahid, in seinem Büro am 22. Februar 2011. Im April verübte ein Selbstmordattentäter einen Anschlag auf sein Hauptquartier, tötete Mujahid und verwundete zwei weitere Polizisten.



Lance Corporal Sam Coley, ein 21-Jähriger aus Campobello, South Carolina, im Combat Outpost 7171. Auf der Brust des Granatwerferschützen eintätowiert: »Ich bin eine Waffe, also gibt es nichts zu fürchten.«

Tätowierungen sind eine Tradition, die viele Marines fortführen. Aber auch Graffitis an allen möglichen und unmöglichen Orten bringen die Stimmung, Einstellung und das Selbstbild der Soldaten zum Ausdruck. Die Basetrack-Macher widmen den unkonventionellen Kunstformen eine eigene Website: »The Graffitis of War«.

Foto: Balasz Gardi



Gedenken an Staff Sergeant Stacy A. Green und Lance Corporal Jose A. Hernandez von der Alpha-Kompanie der »1-8«.

Während einer Operation im Januar 2011 nutzt ein Marine eine Pause im Dorf Zolmabad, um mit einem »beschagnahmten« Truthahn eine Mahlzeit zu improvisieren.



Marines werden von ihrem Truppführer Corporal Michael Perry in der Patrol Base »Talibjan« vor einem Einsatz gebrieft, der sie in von Aufständischen kontrolliertes Gebiet führen wird.

Foto: Balasz Gardi



Balasz Gardi

kommt aus Ungarn. Er hat Fotografie und Journalismus in Budapest und Cardiff studiert. Auch er kennt die Hindukusch-Region von wiederholten Reisen nach Afghanistan und Pakistan. Seine Bilder wurden unter anderem dreimal mit dem ersten Preis des »World Photo Award« gekürt. Im Moment arbeitet Gardi an dem Langzeitprojekt »Facing Water Crisis«.

Links: Gardi im Combat Outpost 7171 am 31. Oktober 2010.

Unten: Kuwayama im Distriktzentrum von Musa Qala in der Provinz Helmand, 22. Oktober 2010.

Teru Kuwayama

stammt aus New York und hat auch dort studiert, begann seine Fotografenkarriere aber in San Francisco. Seine ersten Fotos erschienen im Punk-Fanzine *Maximum Rock'n'Roll*. Seit 1998 arbeitete er unter anderem für *Life Magazine*, *Newsweek* und *National Geographic*. Eine Reise nach Nepal im Jahr 2001 endete eher zufällig in Kabul. Seitdem begleitet er als Fotojournalist die Konflikte in Afghanistan, Kaschmir und Irak. Er gründete das Netzwerk »Lightstalkers«, ein Verbund von Fotografen, Filmemachern, Militärangehörigen und Nichtregierungsorganisationen. Er erhielt diverse Auszeichnungen und war John S. Knight Fellow an der Stanford Universität. Weiterhin sucht er nach Alternativen zur ereignisgetriebenen Berichterstattung der herkömmlichen Medien.



Mit dem iPhone in den Krieg

Mit einer Zwei-Dollar-App an die Front gehen und Bilder zurückbringen, die in Nachrichtenmagazinen gedruckt werden? Die Anwendung »Hipstamatic«, ein Set virtueller Fotofilmtypen und Kameralinsen, das von Synthetic LCC im Dezember 2009 auf den Markt gebracht wurde, machte das möglich. *New York Times*-Fotograf Damon Winter nutzte sie 2010, um für eine Titelgeschichte über Afghanistan zu fotografieren, und viele taten es ihm nach. *National Geographic*, *Time*, *Newsweek* und andere veröffentlichten seither Strecken verschiedener Fotografen mit »Hipstamatic«-Bildern aus Krisenregionen.

Die Vorteile eines Telefons gegenüber einer professionellen Kamera in einem Konfliktgebiet liegen auf der Hand: Es ist klein, leicht, unauffällig. Die Abgelichteten reagieren weniger auf die Kamera, die Gefahr der Entdeckung in prekären Lagen ist geringer. Dazu kommen die Vorteile der iPhone-App: Der Bearbeitungsaufwand für die Bilder ist deutlich geringer, weil die Filter bereits bei der Aufnahme angewendet werden. So entsteht viel einfacher qualitativ hochwertiges Material.

Das zerstört keineswegs den klassischen Fotojournalismus – meint zumindest Teru Kuwayama. »Man könnte es mit dem Aufkommen der elektrischen Gitarre oder elektronischer Musik vergleichen. Klassischen Musikern missfiel es, plötzlich konnte »jeder« ein Musiker sein«, sagt der erfahrene Bildreporter. »Klar ist es ätzend, ein professioneller Fotograf zu sein und von einer billigen App vom Sockel gestoßen und deines Einkommens beraubt zu werden. Das heißt aber nicht, dass es schlecht für die Fotografie ist.«

koll

ÜBERBLICK

Bündnistreue contra Kriegsmüdigkeit

von Stefan Stahlberg und Marcus Mohr

>> **In Großbritannien** macht sich in Bezug auf das Engagement für ein stabiles und sicheres Afghanistan seit Jahren Pessimismus breit, so konnte der *ADLAS* schon in seiner Ausgabe 1/2010 resümieren. Über 100 Gefallene im Jahr 2009, kein Sieg in Sicht und Mängel bei der Vermittlung des Sinns des zunehmend verlustreichen Einsatzes: kein Wunder, dass die öffentliche Unterstützung für den ISAF-Einsatz im Wahljahr 2010 kontinuierlich sank. Die öffentliche Trauer um die gefallenen Briten in Afghanistan am »Remembrance Sunday«, am 11. November 2009 – ein halbes Jahr bevor David Cameron als Regierungschef Gordon Brown ablöste – war ein vorläufiger Höhepunkt der Debatte, nicht aber deren Ende.

Ein halbes Jahr später, im Mai 2010, errang der Tory Cameron einen klaren Wahlsieg über den

Labour-Premier Brown. Der neuen konservativ-liberalen Koalitionsregierung sind in ihrer strategischen Entscheidungsfreiheit für den Einsatz der Streitkräfte immer engere Grenzen gesetzt: Die notwendigen Einsparungen im Staatshaushalt im Verlauf der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise machten drastische Kürzungen auch im Verteidigungsetat erforderlich.

2011 überschattete die britische Beteiligung am Libyen-Krieg in den Schlagzeilen das Engagement am Hindukusch. Während London in Nordafrika keine Verluste zu beklagen hat, waren seit Beginn des Einsatzes bis Ende November 2011 in der »Operation Telic« in Afghanistan 388 britische Militärangehörige gefallen. Solche Verluste beeinflussen massiv die öffentliche Meinung. Fast 60 Prozent der Briten wollten einer Umfrage

Ein »Entscheidungsjahr« in Afghanistan wollte der *ADLAS* seit dem ersten Quartal 2010 mit einer Beitragsreihe begleiten. Die Entscheidung scheint aber nun nicht auf dem Schlachtfeld am Hindukusch, sondern an den Wahlurnen der ISAF-Partnerstaaten gefallen zu sein. Seit Juni dieses Jahres ist der Rückzug beschlossene Sache – teils erst lange nachdem die Bevölkerungen schon die Geduld verloren hatten. Der Prozess bis dahin lief in den westlichen Hauptstädten durchaus vergleichbar ab.

Ein Rückblick auf die vergangenen Beiträge der *ADLAS*-Reihe zu den Truppenstellern des Afghanistaneinsatzes.

im Oktober 2011 zufolge, dass ihre Truppen unverzüglich nach Hause zurückkehrten. Und ganze 71 Prozent denken, der Krieg sei nicht zu gewinnen – 11 Prozent mehr als noch im Juni 2011.

Australien wurde, wie einige andere Nato-Partner, vom Verbündeten USA wegen restriktiver Einsatzregeln für seine Truppen in Afghanistan kritisiert. Im Vorfeld der Parlamentswahlen in Downunder hatten auch Regierung und Opposition in Canberra Anfang 2010 unterschiedliche Vorstellungen zur Zukunft des militärischen Engagements. Während der Spitzenkandidat der Konservativen mit der Ankündigung einer Verstärkung des australischen Afghanistan-Kontingents in den Wahlkampf zog, blieb der Chef der Labour-Regierung Kevin Rudd zurück->>

Die strategischen Interessen von London, Canberra und Ottawa verlagern sich.

haltender. So glaubte der *ADLAS* in Ausgabe 2/2010 Risse im amerikanisch-australischen Verhältnis zu sehen.

Im Sommer 2010 wurde Kevin Rudds Parteikollegin Julia Gillard Premierministerin. Kurz nach den Wahlen erklärte sie, Australien werde sich für den Abzug seiner Truppen keinen Zeitrahmen setzen. Im November dieses Jahres hieß es dann, wenn der Auftrag 2014 erfüllt sei, könne man die Truppen abziehen. Und möglicherweise sei dies schon vorher möglich, denn der Übergabeprozess in der Provinz Urusgan verlaufe sehr erfolgreich.

Dabei waren schon im Sommer 2010 die Niederländer – wie angekündigt – aus Urusgan abgezogen. Sie waren zuvor mit dem australischen Kontingent gemeinsam für die Provinz zuständig gewesen. Im Ausgleich dafür verstärkten die Australier ihre Truppen allerdings nicht: Vor Ort befinden sich nach wie vor rund 1.500 Mann. Für die Holländer rückten amerikanische Einheiten nach.

2010 und 2011 waren für Australien die verlustreichsten Jahre in Afghanistan. Insgesamt 21 Gefallene in diesen beiden Jahren summierten die Gesamtzahl auf 32. Das wirkte sich auch auf die öffentlichen Umfragewerte aus, sie fielen ge-

genüber den Vorjahren deutlich schlechter. Bereits 72 Prozent der Australier sprechen sich heute gegen den Einsatz aus.

Die amerikanisch-australischen Beziehungen scheinen nicht zu sehr gelitten zu haben, ganz im Gegenteil. Zwar musste US-Präsident Barack Obama einen Besuch im Sommer 2010 absagen, dafür kam er im November 2011 nach Canberra und bezeugte, wie wichtig Australien für Amerika ist.

Vor dem australischen Parlament rückte er das absehbare Ende des Afghanistan-Krieges in den Hintergrund, dankte für den Einsatz am Hindukusch und betonte, Amerika würde nun »nach vorn in die Zukunft schauen, die wir aufbauen müssen«. Er ließ keine Zweifel daran, dass die Vereinigten Staaten sich im 21. Jahrhundert voll und ganz auf den asiatisch-pazifischen Raum konzentrieren werden: Es liege im gemeinsamen Interesse Australiens und der USA, einen friedlichen Aufstieg Chinas zu erleben. Washington braucht Canberra als Partner im Westpazifik dringender als in Zentralasien.

Mit dem von **Kanada** angekündigten Abzug seiner Kampftruppen aus Afghanistan befasste sich

ADLAS in der Ausgabe 3/2010. Schon 2009 hatten die Kanadier gefordert, in ihrem Verantwortungsbereich, in der Provinz Kandahar, wenigstens 1.000 Truppen anderer Länder zur Unterstützung zu stationieren. Sie fühlten sich überfordert und die Sicherheitslage wurde prekär. Die USA erfüllten diesen Wunsch mit 1.100 Marineinfanteristen. Erst danach verlängerte Ottawa sein ISAF-Mandat um zwei Jahre.

Wie seinerzeit von Generalleutnant Marc Lesard, Kommandeur der kanadischen Expeditionskräfte, angekündigt, zogen dann im Juli 2011 die kanadischen Kampfeinheiten aus Afghanistan ab. Die Kanadier stellten 2011 noch mit fast 3.000 Soldaten das sechstgrößte Truppenkontingent der ISAF. Doch man war nicht länger gewillt, in der am stärksten umkämpften Provinz Afghanistans weiter einen zu hohen Blutzoll zu bezahlen.

Nun holten auch die letzten Soldaten, die im Rahmen einer »Mission Transition Task Force« die letzten Aufräumarbeiten durchgeführt und die Übergabe organisiert hatten, am 1. Dezember in einer kleinen Zeremonie das letzte Mal die kanadische Flagge über Kandahar ein. Sie haben bislang 158 tote Kameraden zu beklagen. Das En- >>

Steht nur Bukarest noch in Nibelungentreue zu Washington?

gement Kanadas in Afghanistan wird von nun an auf Kabul und auf reine Ausbildungsarbeit begrenzt sein. Bis zu 950 Frauen und Männer tragen noch bis spätestens 2014 zu Aufwuchs, Ausbildung und Professionalisierung der afghanischen Polizei und Armee bei.

Rumänien wollte sich im Kontext des Afghanistaneinsatzes durch einen relevanten militärischen Beitrag in Kandahar als loyaler ISAF-Partner beweisen, denn für Bukarest hat die strategische Partnerschaft mit Washington sicherheitspolitische Priorität. Diese Haltung bleibt innenpolitisch so gut wie gar nicht umstritten, stellte die Ausgabe 1/2011 des *ADLAS* fest.

Daran hat sich bis zum Jahresende auch nichts Grundlegendes geändert. Ende März verkündete das rumänische Verteidigungsministerium, es wolle 24 gebrauchte F-16 für 1,3 Milliarden US-Dollar von den Amerikanern erwerben. Doch im Juni hielt Finanzminister Sebastian Vladescu dagegen, aufgrund der Wirtschaftskrise sei Rumänien gar nicht dazu in der Lage: »Solche Ausgaben sind momentan absolut unmöglich«, monierte er. Auch Oppositionsangehörige äußerten,

dass der Erwerb von Kampfflugzeugen im Angesicht der Rezession keine Priorität für ihr Land haben solle. So ist der Deal erst einmal auf Eis gelegt worden.

Die rumänisch-amerikanischen Beziehungen bleiben trotz des gescheiterten Deals eng. Bis 2015 werden in Südrumänien bis zu 500 amerikanische Soldaten stationiert, die den dort errichteten Teil des US-Raketenabwehr-Schirms bewachen sollen. Auch wenn dieser Plan bislang nur auf dem Papier existiert, Staatschef Traian Basescu feiert es als persönlichen Erfolg. Kritik im Land daran ist äußerst spärlich. Die Rumänen sind mitunter die loyalsten Verbündeten der USA in Europa, wie eine Umfrage des German Marshall Fund zeigte.

Bei einem Besuch Basescus in Washington im September betonte denn auch US-Präsident Barack Obama die »feste« Partnerschaft zwischen den USA und Rumänien. Obama sprach seinen Dank über die Aufstellung von Teilen der US-Raketenabwehr auf rumänischem Boden aus und lobte den Einsatz Bukarests im Rahmen von Nato-Operationen. Das Weiße Haus teilte nach der Visite mit, die USA seien sich der Opfer der rumäni-

schen Soldaten in Afghanistan wohl bewusst. 19 Rumänen sind bislang am Hindukusch gefallen – im Vergleich zu 1.774 Amerikanern. <<

Quellen und Links:

[Afghanistan-Umfrage im Auftrag der britischen ITV News vom Oktober 2011](#)

[Rede von US-Präsident Barack Obama am 17. November 2011 vor dem australischen Parlament](#)

[Vierteljahres-Berichte der kanadischen Regierung über das Engagement in Afghanistan](#)

[Meldung des *Economist* vom 7. November 2011 über Rumäniens strategische Beziehungen zu den USA](#)

FRANKREICH

Das Privileg des Präsidenten

von Johanna Lange

>> **Der Begriff »Debatte«** kommt aus dem Französischen und bedeutet unter anderem »sich sträuben«. Eine Debatte ist ein Streitgespräch, das in der Regel zur inhaltlichen Vorbereitung einer Abstimmung dient. Gibt es ein solches Streitgespräch in Frankreich? Wird der Einsatz der französischen Armee in Afghanistan in den Medien diskutiert? Um es auf den Punkt zu bringen: nein. Frankreich sträubt sich davor. Um dieses »non« etwas einzuschränken – zumindest wird bei weitem nicht so heftig debattiert wie in anderen europäischen Ländern. Die Entsendung von Truppen aus Frankreich an den Hindukusch ist zu Hause kein Thema. Am 27. Februar 2010 stellte die überregionale *Le Monde* fest, dass trotz Kritik an der Präsenz des französischen Militärs in der französischen Öffentlichkeit eine politi-

sche Debatte in Frankreich nicht stattfindet – im Gegensatz zu Großbritannien, Deutschland und den Niederlanden. Ländern, in denen der Einsatz in Afghanistan ein höchst sensibles Thema ist und die Seiten der Massenmedien seit Jahren

Einmalige Aufsicht durch das Parlament

füllt. Dabei war Frankreich 2010 in Afghanistan mit 3.750 Soldaten vertreten und stellte somit nach den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Deutschland das viertgrößte Truppenkontin-

Obwohl Frankreich 2011 und 2010 mit über 3.700 Soldaten am ISAF-Einsatz in Afghanistan teilnahm und im Herbst 2008 die französischen Verluste sogar zur ersten parlamentarischen Abstimmung über Auslandseinsätze geführt hatten, war die Debatte über den Sinn Engagements, so wie aus Großbritannien oder den Niederlanden bekannt, 2010 wieder eingeschlafen. Trotz leichter Änderungen gibt die Verfassung der Fünften Republik dem Staatschef immer noch Spielraum für Alleingänge – solange er vorsichtig bleibt.

ADLAS fragte in der Ausgabe 2/2010, warum die Grande Nation sich auf die Diskussion nicht einlässt.

gent. Doch die Franzosen halten die Mission in Afghanistan – anders als etwa den Irakkrieg – für legitim. Laut Umfragen wird das bisherige französische Engagement von einer Mehrheit gebilligt oder zumindest mit Desinteresse toleriert, denn im Unterschied zu Deutschland haben Außeneinsätze in Frankreich eine lange Tradition. Die Bevölkerung ist gewohnt, dass französische Soldaten überall in der Welt stationiert sind und sich im Rahmen internationaler Aktionen an der Beilegung von Konflikten beteiligen.

Dabei hat die Beteiligung französischer Truppen an dem seit 2003 unter der Ägide der Nato stehende Einsatz im Herbst 2008 zur ersten Anwendung der Verfassungsänderung aus dem Sommer desselben Jahres geführt: Nach dem Tod von zehn Marinefallschirmjägern am 18. August >>

FRANKREICH

2008 im »Surobi-Hinterhalt« und der damit einhergehenden Zuspitzung der damaligen Diskussion über den Sinn des Afghanistan-Einsatzes

Auch Frankreich befand sich nicht im »Krieg«.

musste Staatspräsident Nicolas Sarkozy erstmals das Parlament zur Mission in Zentralasien befragen: Die Nationalversammlung stimmte am 22. September 2008 der Verlängerung des Einsatzes mit deutlicher Mehrheit zu. Ein einmaliger Vorgang in der Geschichte Frankreich, denn die Außen- und Sicherheitspolitik war lange ausschließliche Domäne des Präsidenten gewesen. Aber die jüngste Verfassungsänderung der Fünften Republik vom 23. Juli 2008 hatte unter anderem den Artikel 35 geändert. Seitdem liegt die Frage nach der Verlängerung eines Auslandseinsatzes nicht mehr alleine bei dem Staatspräsidenten, dem Oberbefehlshaber der französischen Armee. Bei Einsätzen von mehr als vier Monaten, muss nun das Parlament zwingend zustimmen.

In einem Interview mit *Le Monde* im Januar 2010 betonte der damalige französische Verteidigungsminister, Hervé Morin, dass die Lösung in Afghanistan nicht eine militärische, sondern eine politische sei. Er vertrat die Auffassung, dass diejenigen, die ernsthaft an einem »politischen Wie-

deraufbau« in Afghanistan interessiert seien, unbedingt in den Verhandlungsprozess mit einbezogen werden müssten. Es ginge außerdem nicht mehr darum, mehr Kombattanten nach Afghanistan zu schicken, sondern stattdessen »formateurs«, also Berater und Ausbilder, deren Präsenz es erlaube, die afghanischen Institutionen zu stärken. In dem Gespräch gab Morin zu, dass Frankreich offensichtlich militärische Operationen durchführt, betonte aber, dass es sich nicht in einem Krieg befinde – denn Frankreich wäre in Afghanistan, um für Stabilität, Sicherheit und Souveränität zu sorgen. Mit diesem Interview einhergehend kündigte Präsident Nicolas Sarkozy drei Tage vor der Londoner Afghanistankonferenz 2010 an, dass er trotz des Drängens der USA anstatt weiterer Kampftruppen lieber 80 zusätzliche Militärberater nach Afghanistan schicken werde.

Nachdem Sarkozy 2007 das französische Kontingent fast verdoppelt hatte, setzt er nun auf die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte. Was aber nicht bedeuten soll, dass sich die Grande Nation aus Afghanistan vorzeitig zurückziehen möchte, denn »Frankreich wird das Feld nicht dem Terrorismus und der barbarischen Gewalt der Fanatiker überlassen«, erklärte der Staatschef. »Deshalb bleibt Frankreich mit seinen Verbündeten so lange wie nötig an der Seite des afghanischen Volkes.« Doch ob Soldaten oder Militärberater, eine politische Debatte will sich an Sarkozys »so lange wie nötig« bis heute nicht entfachen. Mit der parlamentarischen Billigung des Einsatzes vor zweieinhalb Jahren hat der Präsident Carte Blanche. Und bislang auch Fortune. <<

DER STAND HEUTE

Ein Jahr und zwei Verteidigungsminister später hat sich wenig geändert. »In Frankreich gibt es keine Debatte über den Afghanistan-Einsatz«, stellte der Pariser Politologe Frédéric Encel auch im Juli 2011 fest.

Im Sommer fielen innerhalb einer Woche gleich sieben französische Soldaten bei Anschlägen. Fünf von ihnen starben an nur einem Datum, ausgerechnet dem 13. Juli, einen Tag vor dem Nationalfeiertag. Nur wenige Stunden zuvor hatte Präsident Sarkozy bei einem Kurzbesuch am Hindukusch, seinem dritten nach 2007 und 2008, verkündet, bis Ende 2012 knapp 1.000 Mann der etwa 4.000 aus Afghanistan abziehen: »Man muss wissen, wie man einen Krieg beendet.« Drei Monate später folgten den Worten Taten: Die ersten 200 Soldaten verließen Ende Oktober 2011 das Land.

Mit der sprunghaft gestiegenen Zahl der Gefallenen – bis einschließlich 30. November starben dieses Jahr insgesamt 24 französische Soldaten am Hindukusch – sanken auch noch einmal die Zustimmungswerte. Nur noch 25 Prozent der Franzosen befürworteten eine Umfrage im gleichen Monat zufolge den Einsatz. Eine wirkliche Debatte wird nicht mehr in Schwung kommen: Das Ergebnis stünde längst fest. **sts**

Quellen und Links:

[Interview des *arte Journal* mit Frédéric Encel am 27. Juli 2011](#)

[Meldung des *Standard* vom 19. Oktober 2011](#)

NIEDERLANDE

Der erste ließ das Licht noch an

von Michael Seibold

>> **Im Februar 2010** war es so weit: Als der niederländische Premierminister Jan Peter Balkenende sein Rücktrittsgesuch an Königin Beatrix überreichte, zerbrach die erste Regierung eines Nato-Mitglieds am umstrittenen militärischen Einsatz in Afghanistan.

Der Premier reagierte damit auf die Spannungen innerhalb seiner Regierung. Einer von Balkenendes Koalitionspartnern, Wouter Bos, Finanzminister und Vorsitzender der Arbeitspartei, hatte auf Druck seiner Parteibasis gefordert, die etwas weniger als 2.000 holländischen Soldatinnen und Soldaten der ISAF vor Jahresende aus der Unruheprovinz Urusgan abzuziehen und damit aus Afghanistan überhaupt. Eine Verlängerung des Mandats lehnte Bos kategorisch ab. Auf die wütenden Reaktionen jener, die fürchteten, dass

der jahrelange Einsatz und die Opfer vergebens gewesen wären, entgegnete Bos: »Wir haben kollektiv Fehler gemacht.«

Balkenende wollte ein Ende des Einsatzes nicht hinnehmen. Ein Abzug könne das, was in den letzten Jahren mühsam erreicht worden war, wieder gefährden. Balkenende sprach auch von einem Imageschaden für die Niederlande – das Land könne nicht der erste Nato-Staat sein, der seine Truppen aus Afghanistan abziehe. Dies gälte umso mehr, als das Bündnis erst kürzlich darum gebeten hatte, die Truppenpräsenz in Urusgan aufrecht zu erhalten. Damit stand er nicht allein. Der britische *Guardian* sah im drohenden Abzug auch Parallelen zu einem anderen abgebrochenen Einsatz: In vielen Bereichen hätten die niederländischen Wiederaufbauteams hervor-

Anfang August 2010 zogen die knapp 2000 Soldaten des niederländischen ISAF-Kontingents aus Afghanistan ab. Für die Niederlande endete damit das Engagement am Hindukusch. Im Februar 2010 war die Regierungskoalition von Jan Peter Balkenende sogar an der Frage der Verlängerung des Einsatzes zerbrochen. Der anschließende Wahlkampf wurde dann von Wirtschaftskrise und Sparmaßnahmen, nicht mehr vom Thema Afghanistan bestimmt.

In der Ausgabe 3/2010 spürte der *ADLAS* dem ersten Rückzieher vom Afghanistaneinsatz nach.

ragende Arbeit geleistet. »Jetzt zu gehen, wird aber in vielen Holländern dunkle Erinnerungen an Rückzug und Niederlage wachrufen – an diejenige von Srebrenica in Bosnien im Jahr 1995.«

Dunkle Erinnerungen an Srebrenica wurden wachgerufen.

Diesen Befürchtungen zum Trotz spiegelten Bos' Forderungen die Mehrheitsmeinung der holländischen Bevölkerung wider: 70 Prozent forderten Umfragen zufolge im Februar einen Abzug aus >>

Werden die Niederlande international marginalisiert?

Afghanistan, 60 Prozent der Befragten gaben an, dass dafür notfalls die Koalition zerbrechen solle. Angesichts der Skepsis, die den Einsatz von Anfang an umgab, sind diese Zahlen nicht überraschend. Die Kosten des Krieges – 1,8 Milliarden Euro in vier Jahren und 24 Gefallene – waren anscheinend zu hoch. Genau das sei der Fehler, der in Urusgan von Anfang an gemacht worden sei, so meinte das Mitte-Links-Blatt *De Volkskrant* aus Amsterdam: »Den Haag hat die notwendige Unterstützung durch die eigene Bevölkerung und den Durchhaltewillen unterschätzt, die man braucht, um eine solch schwierige Mission erfolgreich zu beenden.«

Trotz seines Beharrens konnte auch Balkenende den Einsatz nicht am Leben erhalten: Schon bald teilte er mit, dass seine Minderheitsübergangsregierung kein Mandat hätte, dem Nato-Antrag auf Verlängerung des niederländischen Einsatzes zuzustimmen. Balkenendes christdemokratische Partei »CDA« verfügte nur über 47 der 150 Stimmen in den »Generalstaaten«, dem niederländischen Parlament – zu wenig, um die Mis-

sion über Ende August 2010 hinaus zu verlängern. Damit war das Ende des vierjährigen niederländischen Engagements am Hindukusch besiegelt.

Obwohl der Einsatz in Afghanistan Auslöser für die Neuwahlen im Juni war, spielte das Thema dann nur eine zweitrangige Rolle im Wahlkampf. Dort wurde der Einsatz in Afghanistan kaum aus strategischer oder politischer, sondern vor allem aus fiskalischer Sicht bewertet. Wirtschaftskrise und staatliche Sparmaßnahmen beherrschten die Tagesordnungen und die sollten sich auch auf die niederländische Armee auswirken: Besonders an ihr wollten alle Parteien sparen. Der Einsatz in Afghanistan war einfach zu teuer geworden. Mit den Worten eines hochrangigen Offiziers: »Geld wird die Zukunft der Operationen in Afghanistan bestimmen.«

Wenn auch nicht wahlentscheidend, so blieb der Einsatz trotzdem bis zuletzt umstritten. In manchen Umfragen hielten sich Meinungen wie »von Anfang an ein Fehler«, »es hat einfach keinen Sinn mehr« und »wir sollten das, was wir angefangen haben, auch beenden« die Waage. In-

ternational würde der Abzug sich auf den Einfluss und das Ansehen der Niederlande auswirken, die sie sich in den letzten Jahren erworben hatten. So hatten sie 2009 eine Afghanistankonferenz in Den Haag ausgerichtet, nehmen seit Beginn der Finanzkrise an den Treffen der G-20 teil, und konnten sich sogar in strategischen Fragen bei den USA Gehör verschaffen – Premier Balkenende hatte zur Frage der Exit-Strategie in Afghanistan mit US-Präsident Barack Obama konferiert. Alles auch Ergebnis des Engagements in Urusgan. Jetzt könnten die Niederlande international marginalisiert werden – umso mehr, als ihnen offenkundig das Geld für weiteres internationales Engagement fehlt.

Die ISAF-Partner und auch die Nato bekundeten zwar offiziell, der niederländische Abzug habe nicht an ihrer Entschlossenheit gerüttelt, in Afghanistan durchzuhalten und zu siegen. Der Verlust an Truppenstärke durch den Abzug der niederländischen Soldaten war noch am ehesten zu verkraften; sie machten weniger als anderthalb Prozent der damaligen ISAF-Gesamtstärke von >>

NIEDERLANDE

145.000 Soldaten aus. Das politische Signal, das von Den Haag ausging, war dafür aber umso stärker, denn im Entscheidungsjahr 2010 war es für die Nato wichtiger denn je, mit gemeinsamer Front aufzutreten. Dies wurde von den Taliban ähnlich gesehen: Die gratulierten indirekt über *De Volkskrant* hämisch den Bürgern und der Regierung der Niederlande »von ganzem Herzen« zum Abzug aus Afghanistan. <<

Quellen und Links:

[Bericht der BBC vom 24. November 2011 über die Berechnungen von *De Volkskrant* zur Polizeimission in Afghanistan](#)

[Kurzdossier des niederländischen Parlaments über die Debatte zur geplanten Polizeimission am 26. April 2011](#)

[Agenturbericht von Reuters vom 7. Januar 2011 über den geplanten Polizeiausbildungseinsatz der Niederlande](#)

DER STAND HEUTE

Der Abzug der Niederlande vom Hindukusch erfolgte ganz nach Plan. In der Provinz Urusgan übernahmen amerikanische, australische, slowakische und singapurische Truppen die Aufgaben der Niederländer.

Vollständig endete das Engagement der Niederlande in Afghanistan damit aber nicht: Seit Anfang 2011 wird eine Polizeiausbildungsmission intensiv vorbereitet. In deutschen Einrichtungen in Kunduz sollen ab Januar 2012 bis 2014 auch holländische Ausbilder afghanische Polizisten in einer achtwöchigen Grundausbildung auf ihren Dienst vorbereiten und in den ersten fünf Monaten ihres aktiven Dienstes begleiten. Besonderes Augenmerk wollen die Niederlande, so ein parlamentarischer Bericht, dabei auf verbesserte Rechtsausbildung legen und damit zur »Rule of Law« in Afghanistan beitragen.

Insgesamt werden 545 Frauen und Männer eingesetzt, davon 225 Polizeiausbilder und 120 Soldaten in einer Schutzkompanie. Auch verbleiben vier F-16 Jagdbomber zum »Selbstschutz« des holländischen Kontingents.

Nach Rechnungen von *De Volkskrant* kostet die Ausbildung eines jeden afghanischen Polizisten etwa 500.000 Euro – das meiste dafür für den Schutz der niederländischen Ausbilder. Die Mission sei aber wichtig für die Reputation der Niederlande als Wahrer des Völkerrechts, so Außenpolitikexperte Co Klijin. **msei**

NATO-PLANUNG

»Vage Kompromissformeln ersetzen keine konkrete Strategie«

Interview: Michael Seibold

Scharfe Kritik am ISAF-Konzept übt Philipp Münch von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Er schlussfolgert: Einem ähnlich komplexen Einsatz deutscher Soldaten wie in Afghanistan solle der Bundestag in Zukunft nicht mehr zustimmen. Jedenfalls nicht, solange die Beteiligten über keine einheitliche Strategie verfügen – wie eben am Hindukusch. Die Aussicht darauf ist aber begrenzt, wenn noch nicht einmal Nationalstaaten klare eigene Konzepte entwickeln können.

ADLAS: *Herr Münch, Ihre Studie heißt »Strategielos in Afghanistan«. Wer ist genau strategielos? Die Nato, die deutsche Außenpolitik oder »nur« die Bundeswehr?*

Philipp Münch: Die Strategie für die ISAF-Mission müsste eigentlich vom obersten Gremium der Nato, dem Nordatlantikat, beschlossen werden. Jeder der 28 Mitgliedsstaaten verfügt jedoch über eine Vetomöglichkeit, und die Interessen bei dieser Mission sind sehr unterschiedlich gelagert. Aus diesem Grund ersetzen vage Kompromissformeln, denen alle zustimmen können, eine ausreichend konkrete Strategie. Eine ähnliche Konstellation gibt es innerhalb der meisten Mitgliedstaaten, die ebenfalls von widerstreitenden Interessen der beteiligten Regierungsressorts geprägt sind – also zum Beispiel der Anteil der Entwicklungshilfe gegenüber dem Militär. Dies trifft etwa auf die Bundesrepublik zu, auch wenn man nach außen versucht, dies durch die letztlich inhalts- >>



Foto: SWP

PHILIPP MÜNCH

ist Doktorand in der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Zurzeit beschäftigt er sich mit Handlungsweisen der Bundeswehr in Afghanistan und deren Einfluss auf die Gewaltordnungen in Nordafghanistan. Seine übergreifenden Forschungsschwerpunkte sind allerdings die »Funktionslogik des modernen Militärs« und Kriege außerhalb der OECD-Welt.

NATO-PLANUNG

lose Floskel des »Vernetzten Ansatzes« zu überdecken. Der Bundeswehr fehlen somit die Leitlinien, entlang derer sie eine Militärstrategie für ihren Anteil an ISAF entwickeln könnte. Doch selbst dann müsste sie diese erst in den militärischen Entscheidungsorganen der Nato einbringen und könnte – zumindest idealtypisch – keine rein nationale Strategie umsetzen. Mit meiner Studie will ich zeigen, wozu dieses Fehlen einer politischen Strategie im Bereich des Einsatzes militärischer Mittel führt: auf den Punkt gebracht nämlich dazu, dass sich der Einsatz eher nach den Möglichkeiten der vorhandenen Instrumente sowie den Interessen und vorhandenen Prämissen der beteiligten Akteure richtet.

Liegt das Problem nicht in erster Linie darin, dass es, außer den Kompromissformeln aller Beteiligten, ohnehin kein konkretes Ziel für Afghanistan gibt?

Völlig richtig. Aufgrund der gerade beschriebenen Konsensbildungsprobleme auf multinationaler und nationaler Ebene bleiben die »Ziele« derart vage und unbestimmt, dass alle beteiligten Akteure ihre Interessen gewahrt sehen. Sehr beliebt sind daher abstrakte Begriffe wie »Stabilität« und »Sicherheit«, für die es keine von allen geteilte Definition gibt und die daher im Sinne der jeweiligen Seite interpretiert werden können. Daneben finden wir »Wunschlisten« – wie ich sie immer nenne – von nicht priorisierten, oft sehr weitgehenden Zielen, welche die Praktiker im Einsatzland vor das unlösbare Problem der Umsetzung mit äußerst begrenzten Mitteln und angesichts von Abzugsterminen auch immer knapper werdender Zeit stellen.

Abzugstermine, die sich aber kaum an der Erfüllung irgendwelcher konkreter Ziele orientieren, oder?

Offiziell sind diese im nicht offen einsehbaren Teil des Operationsplans des »Supreme Headquarters Allied Powers Europe« niedergelegt. Mir ist nicht bekannt, welche das im Detail sind. Da auch dies ein konsensual verabschiedetes Nato-Dokument ist, werden die Probleme mit der Bestimmung eines gemeinsamen Zieles allerdings hier in der Tat wieder auftauchen. Ein Wissenschaftler des Naval War College der US-Streitkräfte durfte zudem kürzlich die Abläufe zur Gewinnung und Auswertung der »Metriken« begleiten. Diese sollen dazu dienen, den Grad der Zielerreichung zu bestimmen. Er hat einen Aufsatz über seine Eindrücke verfasst und darin sehr genau die vielfachen Widersprüche allein schon der Datengewinnung dargelegt. Die Abzugstermine werden letztlich also vor allem der politischen Stimmung in den Entsendestaaten folgen.

Gibt es innerhalb der deutschen Regierungskoalition denn wenigstens eine einheitliche Definition von Strategie?

Soweit ich weiß, gibt es diese nicht. Strategien spielen in der politischen Praxis ohnehin bestenfalls am Anfang eines Vorhabens eine Rolle. Sobald es um die Umsetzung geht, wird das ursprüngliche Ziel durch die dabei einzugehenden Kompromisse meist in ganz andere Bahnen gelenkt, so dass es sich eher um die »Kunst des Möglichen« handelt. Zudem binden sich gerade bei längeren Missionen wie der in Afghanistan die Interessen einer Vielzahl von Akteuren an die damit verbundenen Ressourcen. Ob das Vorge-

hen weiterhin strategisch sinnvoll ist, bleibt aus deren Perspektive daher nachrangig.

Meinen Sie damit, dass diese Akteure eigentlich davon profitieren, dass der Einsatz möglichst lange und möglichst planlos bleibt? An wen denken Sie dabei?

Es wäre zu einfach zu sagen, »das BMVg« oder »das BMZ« würden den Einsatz um jeden Preis verlängern wollen. Vielmehr sind Ministerien bürokratische Großapparate, die aus einer Vielzahl von teils konkurrierenden Interessen bestehen. Darunter sind auch solche, denen an einer Verlängerung des Einsatzes gelegen ist. Diese Akteure sind in allen daran beteiligten Organisationen in der Regel jene, die auch direkt mit der Mission befasst sind und aus dieser Position ihre

»Entwicklungshilfe und counter insurgency sind eher Glaubensgrundsätze.«

Machtressourcen schöpfen. Dem Ausgang der immer wieder erneut ausgetragenen Machtkämpfe entsprechend, sind die Entscheidungen der ministeriellen Leitung wechselhaft. Vor einem Jahr etwa positionierte sich die Leitung des Verteidigungsministeriums gegen einen klaren Abzugstermin, während derzeit die Tendenz eher in Richtung eines baldigen Verlassens des Landes >>

geht. Die Positionierungen der Akteure aber erfolgen oft nicht bewusst. Wie der Soziologe Pierre Bourdieu gezeigt hat: Wir wollen subjektiv unbewusst meist das, was für uns objektiv von Vorteil ist. Daher denke ich nicht, dass die Akteure bewusst auf eine Planlosigkeit hinsteuern. Vielmehr

»Auf der operativen Ebene lassen sich durchaus Änderungen erzielen.«

sind sie in der Regel aufrichtig davon überzeugt, dass gerade ihr Arbeitsfeld stärker beteiligt werden müsste, da die Mission sonst scheitern würde. Begünstigt wird dies dadurch, dass völlig ungewiss ist, wie eigentlich eine so komplexe Aufbaumission wie die in Afghanistan erfolgreich bewältigt werden kann – zumal keine eindeutig positiven Fallbeispiele existieren. Beleuchtet man die vorhandenen Konzepte, zum Beispiel der Entwicklungshilfe oder der »counter insurgency«, wissenschaftlich-kritisch, so zeigt sich sehr schnell, dass diese auf nicht hinterfragten Prämissen beruhen, die im Laufe der Zeit ein Eigenleben entwickelt haben. Sie sind daher eher Glaubensgrundsätze.

Wie müsste eine Strategie für Afghanistan aussehen?
Das hängt wiederum von dem Ziel ab, das dort erreicht werden soll. Solange es kein klares Ziel

gibt, lässt sich auch keine richtige Strategie erstellen. Von außen mit sehr begrenzten Mitteln einen rechtlich vergesellschafteten Staat in einem Land zu errichten, in dem noch nicht einmal die Machtfrage faktisch entschieden ist, hat auf jeden Fall bisher nirgends funktioniert und ist selbst theoretisch nicht überzeugend. Zur Bekämpfung des »internationalen Terrorismus« in Afghanistan militärisch zu intervenieren und gleichzeitig die staatlichen Sponsoren dieses Phänomens unbehelligt zu lassen, beziehungsweise sogar zu fördern wie im Falle Pakistans, ebenso wenig.

Sie verweisen auf die Lehren aus den Balkan-Einsätzen. Was hat dort funktioniert, was in Afghanistan nicht funktioniert? Hat es dort eine »richtige« Strategie gegeben?

Ich denke, dass es bei den Balkan-Missionen grundsätzlich ähnliche Abstimmungsprobleme gibt wie in Afghanistan. Jedoch sorgen der ungleich größere Mittel- und Kräfteaufwand – verglichen mit der Größe der Bevölkerung und des Staatsgebiets – dafür, dass derzeit kein bewaffneter Konflikt ausbricht. Ob es tatsächlich zu einer dauerhaften Lösung des Konflikts und zu einem nicht bloß fassadenhaften Staatsaufbau gekommen ist, muss sich erst noch zeigen.

In Ihrer Studie stellen Sie fest, dass die deutsche Strategiefindung unter anderem an der »Komplexität des politischen Systems in einer bundesstaatlichen Demokratie mit seiner Vielzahl von interdependenten Akteuren« kranke. Bedeutet das nicht, dass Deutschland nicht nur in Afghanistan,

sondern bei jedem beliebigen zukünftigen Einsatz strategielos bleiben wird?

Ja, zumindest in den Fällen, in denen ein derart komplexes, absehbar über mehrere Legislaturperioden hinweg stattfindendes Vorhaben wie in Afghanistan verfolgt wird. Ansonsten bin ich zumindest vorsichtig optimistisch, dass – insbesondere wenn nicht so viele Interessen von entscheidenden Akteuren berührt sind – auch ein anderes Ergebnis möglich ist.

Sie stellen eine Reihe schwerwiegender Fehler im gegenwärtigen Einsatz in Afghanistan fest. Lassen sich solch fundamentale Fehler überhaupt in einer laufenden Mission beheben?

Ich denke, dass sich auf der operativen Ebene durchaus Änderungen erzielen lassen. Als Beispiel habe ich in meiner Studie die in einer irregulären Auseinandersetzung wenig sinnvollen raumzentrierten Präsenzoperationen genannt, die beendet und durch punktuelle Operationen ersetzt werden sollten. Allerdings halte ich es für wenig wahrscheinlich, dass sich die großen Konstellationen auf politischer Ebene noch verändern lassen. Dies betrifft also auch die Frage der Strategie.

Welche Schlussfolgerungen für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik ziehen Sie aus Ihren Beobachtungen?

Es ist deutlich geworden, welches große Gewicht die »institutionellen Eigeninteressen« oder »Resortegoismen« mittlerweile in der Außen- und Sicherheitspolitik wie auch auf anderen Politikfeldern erlangt haben. Ebenso innerhalb der Ministerien gibt es diese Praktiken. Ein Minister sieht >>

sich daher intern den Leitern der unterschiedlichen Bereiche gegenüber, die auf Bewahrung und Ausweitung ihrer institutionellen Pfründe bedacht sind, und scheut meist den Konflikt mit diesen. Insbesondere am Beispiel Bundeswehr lässt sich gut verfolgen, dass dies im Laufe der Geschichte zu immer aufgeblähteren Führungsetagen geführt hat, die sich kaum reduzieren lassen und eigentlich für den laufenden Betrieb benötigte Mittel konsumieren. Im Ergebnis wird die Politik weniger sachorientiert, wie sich ja auch in der Afghanistan-Frage zeigt. Aufgrund der Vielzahl von widerstrebenden Eigeninteressen auf Seiten der Interventen ist es, mit Einschränkungen, auch in Zukunft wenig wahrscheinlich, dass für derart ambitionierte multinationale Missionen eine gemeinsame Strategie aller Beteiligten möglich ist. Der Bundestag sollte in solchen Fällen daher seine Stimme nicht hergeben. <<

Quellen und Links:

[SWP-Studie von Philipp Münch: »Strategielos in Afghanistan« vom November 2011](#)

[Jonathan Schrodin: »Why Operations Assessments Fail« im *Naval War College Review*, Ausgabe Herbst 2011](#)

Wissenschaft zu Deutsch!



ADLAS – Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik erkundet Neuland und macht akademische Erkenntnisse verständlich. Das eJournal informiert über Außen- und Sicherheitspolitik, regt zum Diskutieren an und bringt Themen in die Debatte ein.

Außergewöhnlich ist sein Anspruch: aus dem akademischen Umfeld heraus einen Ton finden, der den Bogen zwischen Fachsprache und Verständlichkeit schlägt. **ADLAS** – Wissenschaft auf Deutsch.

Im Helikopter über einem Wadi nahe der Distrikthauptstadt Musa Qula in der Provinz Helmand, November 2010. Die Gegend war im Dezember 2007 Schauplatz schwerer Gefechte gegen rund 2.000 Taliban gewesen, die Musa Qula tagelang besetzt hielten.

Foto: Balasz Gardi



EINSATZERFAHRUNG

Re: Afghanistan

von Paul A.

Sieben Monate lang hat ein deutscher Reserveoffizier als Militärberater mit afghanischen Soldaten zusammengearbeitet. Nach seiner Rückkehr in die Heimat hat er seinen Freunden und Bekannten von seinen Erfahrungen berichtet.

Ein Einblick in den Bundeswehr-Einsatz am Hindukusch, den er auch dem *ADLAS* gewährt hat.

Liebe Freunde,

seit nun gut einer Woche und nach 200 Einsatztage bin ich wieder zurück in Deutschland. Nachdem ich viel zu selten dazu gekommen bin, Feldpost oder Mails zu schreiben, melde ich mich jetzt erst einmal bei Euch zurück. Ich habe viele liebe Nachrichten von Euch bekommen. Dafür möchte ich mich schon jetzt bedanken – es hat mir viel bedeutet.

Um es gleich vorweg zu sagen, es geht mir gut. Körper und Geist sind gesund und obwohl ich mich viel an den Orten bewegt habe, von denen Ihr im Fernsehen gehört habt, bin ich von dem wirklichen Grauen verschont geblieben.

Ich hatte einen großen Schutzengel.

Sieben Monate habe ich ein Infanteriebataillon der afghanischen Armee (ANA), ein »Kandak« von 500 Mann, vom »Central Fielding Center« in Kabul bis in den Einsatzraum der Provinzen Baghlan, Kunduz und Takhar begleitet. Ich habe auf Zug-, Kompanie- und Kandakebene gearbeitet, die Soldaten selber ausgebildet, die Feldweibel und Offiziere in ihren Funktionen beraten, unterstützt – und oft auch angetrieben.

Dabei ging es um grundlegende militärische Fähigkeiten, wie zum Beispiel den Umgang mit der Waffe, Sanitätsausbildung und das Meistern einfacher taktischer Lagen – immer mit dem Ziel, die afghanischen Führer zur Selbstständigkeit zu befähigen. Wann immer erforderlich haben wir gemeinsam mit den afghanischen Partnern die Befehle für den Einsatz und die Operationsplanung erstellt – soweit dies die kurzen Vorlaufzeiten zuließen. Und wann immer notwendig haben wir auch die Operationen vor Ort und aus dem Gefechtsstand mit Combat Enablern – Luftunterstützung, Artillerie, Kampf- und Medevac-Hubschrauber et cetera – unterstützt.

Die Männer wurden die ersten zwei Monate im Schnellverfahren in Kabul an den Krieg nach westlichem Muster gewöhnt – **sozusagen das McSpar-Menü aus der Kabul-Franchise-Filiale des industriellen Krieges.**

Den Rest der Zeit haben wir versucht, die Lücken in der Ausbildung zu schließen und das Beste aus den Aufträgen zu machen, die das Kandak ereilt haben: Konvoischutz, statische Raumsicherung in Combat Outposts, Blocking Positions, kleinere Patrouillen und Checkpoints. Leider sind wir nicht >>

EINSATZERFAHRUNG

dazu gekommen, in unseren lange vorbereiteten, eigentlichen Einsatzraum mit einzufließen und dort die Verantwortung zu übernehmen.

Trotzdem bin ich sehr schnell in eine ganz andere Lebenswelt eingetaucht und habe den Puls des Einsatzes zu spüren bekommen. Lieber als das Ganze chronologisch durchzugehen, **sende ich Euch hier ein paar mentale »Snapshots« aus dem Einsatz.**

Ich habe die Hochglanzpräsentationen der Amerikaner am Counter Insurgency Training Center (CTC) in Afghanistan erlebt und die Menschenfabrik des Central Fielding Centers (CFC), wo die Zahlen in den Präsentationen erfüllt werden. Und ich habe meinen Teil dazu beigetragen.

Ich habe monatelang mit sieben Mann in einem staubigen Zelt geschlafen, das jede Nacht vom Rotorwash der Black Hawk- und Chinook-Hubschrauber gezittert hat, die amerikanische und manchmal auch deutsche Soldaten in das Gefecht trugen – und die Verwundeten zurück. Als ich dann in meinem neuen Wohncontainer lag, konnte ich vor Stille nicht einschlafen.

Ich habe den afghanischen Sternenhimmel betrachtet, bei dem man sich nie sicher ist, ob man nun gerade einen Sternenregen oder eine Garbe Leuchtspur beobachtet – bis **das leise Rattern einer Waffe in der Ferne** das Rätsel löst.

Ich stand auf dem Dach des »Russian Officers Club« – komplett mit Pool und Special Forces-Bar – mit Blick über Kabul, über dem mehr und mehr Fesselballons zur Aufklärung der Raketenstellungen auf bis zu 1.000 Meter aufsteigen. Sie leuchten wie seltsam nahe Satelliten.

Auf dem Salang-Pass zwischen Kabul und den Nordprovinzen ist unser Kraftfahrer wegen Schlaf- und Sauerstoffmangel eingeschlafen und hätte uns beinahe mitsamt unseres »Dingos« in die Tiefe gerissen. Auf der anderen Seite des Passes blieb der 140 Fahrzeuge lange Konvoi auf einmal mitten auf der Straße in einem hoch gefährdeten Gebiet stehen. Dem vordersten ANA-Fahrzeug war der Sprit ausgegangen und der Fahrer ging die Kolonne nach hinten durch, um von den anderen Fahrzeugen welchen zu erbetteln.

Ich habe deutsche, ungarische und amerikanische Feldlager kennen gelernt – jedes mit seinem eigenen Rhythmus, seinen eigenen Formularen und Gedankenuniversum. **Je größer das Lager, desto mehr beschäftigt es sich mit sich selbst.** Es ist nur für Wenige Krieg in Afghanistan.

Nur einmal habe ich die Durchsage gehört: »Achtung! Achtung! Das Feldlager wird angegriffen! Es befinden sich feindliche Kräfte im Lager!« – Rennen zur Ausrüstung, Sichern des eigenen Bereiches – Warten – der Schweiß rinnt unter der Nachtsichtbrille ... Patrouillen entlang der Wege – wer kann das befohlene Erkennungszeichen vorweisen? Und ... Fehlalarm.

Ich habe das Rauschen von Artilleriegranaten über meinem Kopf gehört, die Landschaft im Flackern der Beleuchtungsmunition gesehen und die dumpfen Einschläge der 107-Millimeter-Raketen der Taliban gespürt. Als ich das erste Mal den Raketenstart der Drohne »KZO« gehört habe, fiel mir die Cola-Dose aus der Hand und ich bin zu meiner Schutzweste gesprintet. **Heute fehlt mir jeden Abend etwas ...**

Wenn wir rausgefahren sind, dann nur mit angelegtem Helm, Schutzweste, Handschuhen, Gehörschutz und Schutzbrille. Die Waffen fertig geladen, alles verzurrt. Nichts darf brennbar sein. Es ist heiß, die Ausrüstung zwickt und drückt, die Welt ist von der Brille abgedunkelt, die Geräusche sind gedämpft und wie hinter einem Schleier. Einige Soldaten im Einsatz erleben das Land und die Menschen »outside the wire« nur so. Viele sehen es gar nicht.

Ich habe zehn (!) verschiedene Waffen zu meiner Verfügung gehabt – musste mir die Landessprache aber komplett selbst mit privat beschafftem Material aneignen. Dreimal dürft Ihr raten, was ich mehr gebraucht habe. Dreimal dürft Ihr raten, was eher den Konflikt löst.

In einer Nacht fand im Outpost OP North in der Baghlan-Provinz, nur ein paar hundert Meter von mir entfernt, ein furchtbarer Schießunfall mit Todesfolge statt. Ich habe davon am nächsten Morgen im Fernsehen erfahren. So verbreiten sich Informationen über Zeit und Raum.

Ich stand während der Operation »Halmazag« im Tactical Operations Center (TOC) in Kunduz und habe die Kriegsmaschinerie in voller Aktion erlebt, als die Fallschirmjäger mit den Panzergrenadieren und der ANA den zurückgelassenen »Dingo« vom Karfreitagsgefecht 2010 zurückeroberten. Funkspruch eines Grenadierzuges im Gefecht an den Gefechtsstand der Fallschirmjäger, die Stimme außer Atem, die Sätze zerrissen vom Hämmern der 20-Millimeter-Kanone im Hintergrund: **»Hier Demokrat Drei Null.** Treten zum Gegenstoß Richtung Westen auf angreifenden Feind an. Kommen.« – Antwort aus dem TOC: »Glück ab! Ende!«

>>

EINSATZERFAHRUNG

Obwohl ich oft Menschen in meinem Fadenkreuz hatte, musste ich auf niemanden schießen. Dafür bin ich sehr dankbar.

Ich habe einem verwundeten Kameraden im Lazarett den Arm verbunden – er wird ihn wohl nie wieder so benutzen können wie früher.

Weihnachten habe ich auf dem Weihnachtsmarkt im Feldlager Kunduz bei Glühwein, Jazzmusik, Flugzeugdröhnen und outgoing Artilleriefeuer verbracht.

Bei den Deutschen gab es Hausmannskost. **Wenn in Pakistan die LKWs brannten, gab es kein Obst und Zucker mehr.** Bei den Amerikanern habe ich jeden Freitag so viel Hummer gegessen, wie ich vertragen konnte. Und mehr. Die Special Forces bekommen ihre Steaks per Airdrop. Wenn die Schirme nieder gehen, werden zwei Dörfer mit Seide versorgt. Aber am liebsten habe ich mit den Afghanen aus dem großen Topf gegessen. Im Schneidersitz, von der Wachsdecke und mit den Händen. Palau-e-Kabuli, Do-Piasa, Salat mit Tomaten, Zwiebeln und Chilli, frischer Koriander, Joghurt und Naan – herrlich! Ein Befehl aus dem Sanitätsamt der Bundeswehr verbietet jede Nahrungsaufnahme außerhalb Nato-geprüfter Versorgungswege. Gelächter. Für die Amerikaner tanzen Cheerleader. Für mich hat Paul Kalkbrenner aufgelegt, und ein Tadschike hat für mich auf dem Tambour gespielt. Und ich habe dazu getanzt.

Ich habe selten so niedliche Kinder gesehen wie dort. Insbesondere die Mädchen, die immer neugierig aus den Hauseingängen hervor gelaufen kamen. **Mit bunten Kleidchen, vom Spiel zerzaustem Haar und wilden Augen ...** was wohl die Burka daraus macht?

Meine Welt war braun vom Staub und ich habe mich nur zwischen haushohen Maschinen, Fahrzeugen und Panzern bewegt. Trotzdem ist das Grün Deutschlands schon am Abend meiner Rückkehr wieder vertraut.

Was den Sinn angeht – sind wir dem Frieden näher? – Afghanistan wird immer ein hartes Land bleiben. Ich sehe eine Perspektive für einen funktionierenden Staat, aber ich bin nicht optimistisch. Wir werden dort unseren Sieg verkünden, aber ich denke, Afghanistan ist kein Ort für Idealisten. Eher für Zyniker. Dennoch gehe ich davon aus, dass wir auch in Zukunft solche operativen Umfeldler für uns günstig gestalten werden müssen: vielleicht Somalia, Jemen, Nigeria ... Deshalb müssen wir lernen, was funktioniert und was nicht. Ich habe dazu viele Beobachtungen und Gedanken machen können, und in-

sofern war dieser Einsatz für mich persönlich sinnvoll und gewinnbringend. Ich habe aber auch wieder gemerkt, dass Gutes eher im Kleinen getan wird. Speaking of which, ich bin Euch immer noch Rechenschaft schuldig: Auf meiner Abschiedsparty sind insgesamt 1.000 Euro für die Kinderhilfe Afghanistan gespendet worden. 1.000 Euro sind noch einmal von einer Stiftung dazu gekommen. Diese Summe wurde zum größten Teil für die Ausstattung einer Schule im Süden von Afghanistan aufgewendet; ich konnte sie leider nicht persönlich besuchen. Der Rest ging in den Pool der Kinderhilfe-Stiftung. **Auch nach meiner Tour denke ich, wir können den Menschen dort kein größeres Geschenk machen.** Danke dafür!

Zu guter Letzt, auch wenn das vielleicht nur ein geringer Trost ist: Ich habe wesentlich öfter an Euch gedacht, als geschrieben. In jedem Falle freue ich mich, wieder hier zu sein, und hoffe auf ein baldiges Wiedersehen!

Ganz herzliche Grüße

Euer Paul

P.S.: Zwei Wochen nach meiner Rückkehr dreht sich einer der Afghanen aus »meiner« ANA-Kompanie am OP North um – und erschießt drei deutsche Kameraden. Fragen, Frust, Zweifel.

P.P.S.: Vier Wochen nach meiner Rückkehr ruft mich ein Personalbearbeiter aus einem der Ämter der Bundeswehr an, um mir mitzuteilen, dass meine Bewerbung für den ISAF-Einsatz vom März 2010 (sic!) abgelehnt wurde.

PAUL A.

arbeitet als Berater für die Firma Control Risks in London. Er hält einen B.A. in Philosophie und Wirtschaftswissenschaften sowie einen M.A. in International Relations. Als Mitglied eines 30 Mann starken »Operational Mentoring and Liaison Teams« bei der ANA war er vom Juni 2010 bis Februar 2011 in Afghanistan, sein zweiter Auslandseinsatz als Reserveoffizier.



Ein Geländemodell vom Beobachtungsposten »Kunjak«, im Oktober 2010 bemannt von Marines der Alpha-Kompanie der »1-8«. Der Posten überblickt die Ortschaft Da Karez nahe Musa Qula.

Foto: Teru Kuwayama

DOLMETSCHER

Männer ohne Eigenschaften

von Marcus Mohr

**Kompetente Übersetzer sind Mangelware,
aber überlebenswichtig für deutsche Soldaten und
Entwicklungshelfer in Afghanistan.**

**Die Rolle des unauffälligen »Sprachmittlers« ist eine
risikoreiche Gratwanderung für alle Beteiligten.**

>> **Aus dem Alltag** der deutschen Soldaten und Entwicklungshelfer am Hindukusch ist ein Afghane nicht wegzudenken: der Dolmetscher – oder »Sprachmittler« im Bundeswehrjargon. Er muss nicht nur sprach- und kulturgewandt sein, sondern auch so weit wie möglich in den Hintergrund treten. »Am besten ist er unsichtbar«, sagt ein deutscher Offizier. Schließlich ist es der Deutsche, der das Gespräch mit einem afghanischen Gegenüber – einem Polizisten, Beamten oder Dorfältesten – führt. Jede eigenwillige Interpretation der Sprache, jedes persönliche Interesse, jede auffällige Persönlichkeit des Dolmetschers würde die Situation stören.

Bereits die Entscheidung ob ein Mann oder eine Frau übersetzt, kann über Erfolg oder Scheitern der Konversation entscheiden. Die Anwesenheit einer Dolmetscherin wäre für einige afghanische Partner bereits ein politisches Statement, das ein Gespräch negativ beeinflussen könnte. Der ideale Sprachmittler ist also ein Mann, der nicht zu jung ist, nicht aus der Region stammt, in der er gerade arbeitet, und fließend Dari oder Paschtu spricht – und natürlich Deutsch. Würde er nur Englisch neben Dari oder Paschtu beherrschen, wäre das bereits eine Sprachhürde zu viel. Gerade bei sensiblen Gesprächen sollte diese Fehlerquelle ausgeschaltet sein.

Ein durchaus hohes Anforderungsprofil. »Wirklich gute Dolmetscher haben wir nicht einmal hundertfünfzig«, schätzt ein deutscher Afghanistanveteran. »Dabei benötigen wir viel mehr Sprachmittler, als wir heute haben.«

Die »wertvollsten« Dolmetscher sind Exil-Afghanen aus Deutschland. Sie werden mittlerweile vom Bundessprachenamt in Hürth bei Köln rekrutiert und befristet in die Bundeswehr übernommen – je nach Bildungshintergrund mit Dienstgraden von Hauptgefreiter bis Oberleutnant bei entsprechendem Sold. Die Zeitverträge sind allerdings nicht sonderlich attraktiv, denn eine Aussicht auf Weiterbeschäftigung besteht nicht. Immer noch wird die Mehrzahl der Dolmetscher daher vor Ort rekrutiert. Der Vorteil in Afghanistan angeworbener Dolmetscher ist, dass sie nicht an die relativ kurzen Einsatzzeiten von wenigen Monaten gebunden sind.

Auf der Suche nach der Nadel im Heuhaufen

>>

DOLMETSCHER

Diese »locals« sind in einem Personalpool gesammelt, auf den die Patrouillen der Bundeswehr zugreifen. Den Nachrichtensoldaten der deutschen Einheiten in Kunduz, Mazar-i Sharif und Faizabad dagegen sind feste Dolmetscher zugewiesen. Gerade für die Aufgabe, objektiv und verlässlich zum Teil brisante Informationen zu sammeln, muss sich der deutsche Gesprächsführer auf seinen Sprachmittler unbedingt verlassen können.

Eine Gratwanderung – denn der Anspruch, der Dolmetscher müsse ein neutrales »Werkzeug« sein, stößt hier an seine Grenzen: Aus welcher Region stammt er? Kennt er Kontaktpersonen persönlich oder über Familie und Sippe? Ist er ein Idealist oder ist Geld sein wichtigster Beweggrund? Den »perfekten« Mittler zu finden und das notwendige Vertrauen aufzubauen, ist

Und manchmal auch den Verrat übersetzen

eine Frage der Zeit. Ein deutscher Nachrichtenoffizier erinnert sich: »Als ich Hamid (*Name geändert*) in Kunduz kennenlernte, schien er mir wie »verzogen«. Aber das lag daran, dass er vorher falsch eingesetzt worden war.«

Wichtig ist das Vertrauen aber auch für die afghanischen Gesprächspartner – gerade wenn brisante Informationen ausgetauscht werden sollen. Wenn ein Dolmetscher nicht zu den einheimischen Kontaktpersonen passt, ist es manchmal einfacher, einen ganzen Nachrichtentrupp mit anderen Aufgaben zu betrauen, als dessen Sprachmittler auszuwechseln.

Seine Arbeit kann für den Dolmetscher auch gefährlich werden: Als »Spezialist« mit Insider-Wissen ist er für Aufständische ein interessanter Gefangener oder Überläufer. Anders als die Amerikaner überwachen die Deutschen »ihre« Afghanen nicht regelmäßig durch »Gegenspionage«. Dafür unternimmt die Bundeswehr Anstrengungen, um ihre Sprachmittler zu schützen: Namen und Wohnorte werden nie genannt, und der Dolmetscher stammt immer »von woanders« her.

In umkämpften Gegenden wie in der Provinz Kunduz leben die Dolmetscher sogar im deutschen Feldlager. In der Metropole Kabul können sie dagegen abends nach Hause gehen. Allerdings ist es gerade den lokalen Sprachmittlern unangenehm, wenn die örtlichen Ansprechpartner mitbekommen,

wo und wie sie leben. Dennoch ist ihre Arbeit sehr angesehen. Insbesondere in ländlichen Gegenden wird den Dolmetschern Respekt gezollt. Aufgrund ihrer besseren Bildung nennt man sie dort »ustad saheb – Herr Professor«. <<

Quellen und Links:

[Webpräsenz des Bundessprachenamts](#)

[Bericht der *Global Post* vom 6. April 2010 über die Dolmetscher der US-Armee in Afghanistan](#)

MILIZENFÜHRER

Der Raubritter von Uruzgan

von Christoph Reuter

Er beherrscht die Straßen Südafghanistans. Matiullah Khan gilt als Krimineller – und ist Verbündeter der Nato.

Ein Warlord, an dem sich die Widersprüche des Afghanistankriegs zeigen, und dessen Aussichten für die Zukunft glänzend sind.

>> **Der Mann hat nicht** einmal ein offizielles Amt – und doch ist Matiullah Khan einer der mächtigsten Männer Südafghanistans. Nicht obwohl, sondern gerade weil er jenseits jeder staatlichen oder militärischen Ordnung steht. Ein Warlord, gewachsen aus den Wirren des Krieges. Genau damit verkörpert er den Prototypen der kommenden Mächtigen in Afghanistan. Angefangen hat der knapp 40-Jährige vor drei Jahren als Chef einer Behörde, die bei seinem Antritt bereits so gut wie aufgelöst war: die »highway police«, Afghanistans wohl korrupteste Polizeitruppe, die mit Schmiergeldern und Schutzgelderpressungen reich wurde und exakt das Gegenteil von dem bewirkte, wozu sie einst geschaffen worden war: die Straßen sicher zu machen.

Doch während die Truppe auf Druck des US-Militärs in Kabul offiziell abgeschafft wurde, trat Matiullah seit Anfang 2008 als deren Kommandeur in der Südprovinz Uruzgan auf – sehr zum Leidwesen der niederländischen Armee, der die Kontrolle der Provinz oblag. »Wir kennen seine Morde, seine Methoden, wir halten ihn für einen Kriminellen«, sagte einer der Offiziere in »Camp Holland« im Hauptort Tarin Kowt im März 2009.

Matiullah Khan sah das schon damals anders. Er empfing seine Besucher nicht nach afghanischer Tradition auf Polstern am Boden, sondern auf goldenen Barock-Sesseln und mit einem besonders kitschigen Tee-Service vor sich. Er sei Kommandeur, erklärte Matiullah, denn seine fast 1.000 Mann würden doch vom Innenministerium in Kabul bezahlt und bildeten eine erfolgreiche Truppe.

Diese Truppe existierte nicht nur. Sie war mit Abstand die bestausgerüstete und kampfstärkste afghanische Einheit in der ganzen Provinz. Denn Matiullah hat den Krieg privatisiert: Seine Männer kontrollieren die einzige Verbindungsstraße zwischen Uruzgan und Kandahar und damit die Versorgungsrouten für alle Militärlager der Südprovinz. An einem Tag in der Woche, den Matiullah allein bestimmt, ist »security day«. Dann können die Konvois der Amerikaner, Australier, der privaten Firmen und Hilfsorganisationen fahren, geschützt von seinen Männern. Und auch nur dann: Wer versucht, an anderen Tagen durchzukommen, wird beschossen, angeblich von den Taliban. >>

**Eine Passage
kann 3.000
Dollar kosten.**

MILIZENFÜHRER

Matiullahs Service kostet: zwischen 800 und 3.000 US-Dollar – pro LKW, pro Fahrt. Damit allein verdient er nach amerikanischen Schätzungen 2,5 Millionen Dollar im Monat. Doch anders als der offizielle Polizeichef der Provinz, Juma Gul, der noch die Pensionen getöteter Polizisten unterschlägt, investiert Matiullah klug: zusätzlich zu den rund 200 US-Dollar, die jeder seine Männer in der Tat vom Innenministerium erhält, gibt es noch eine Prämie von 200 bis 300 Dollar aus Matiullahs Kasse. Werden sie verletzt, bezahlt der Chef ihre Behandlung. Legendär in ganz Uruzgan ist der Fall eines Kämpfers, den Matiullah in ein Krankenhaus nach Indien fliegen

ließ, um dessen im Gefecht verletztes Auge operieren zu lassen.

Seine Männer sind loyal, gut ausgerüstet – und sorgen dafür, dass tatsächlich nur jene Konvois durchkommen, deren Besitzer zahlen. So wie die Versorgungstrucks der amerikanischen und australischen Armee, die Verträge mit ihm abgeschlossen ha-

Strauchdieb oder Polizeichef?

ben. Und ihn gleichzeitig verdächtigen, mit den Taliban zu kooperieren. Wie aus den jüngst veröffentlichten geheimen Dokumenten der US-Armee hervorgeht, hielten 100 Bewaffnete vergangenen Sommer einen Nato-Treibstoff-Konvoi an und verlangten bis zu 3.000 Dollar pro Truck. Stundenlang dachten die US-Offiziere in Kabul, es handle sich um einen Überfall der Taliban. Bis sich herausstellte, dass Matiullahs Männer dahinter steckten. Offiziell preisen die Amerikaner ihn als Verbündeten. Sie brauchen ihn.

Schritt für Schritt ist Matiullah mächtiger geworden, hat mittlerweile mehr als 3.000 Mann unter Sold. Die Niederländer, die ihn absetzen wollten und widerwillig duldeten, sind abgezogen. Die australische Armee hat begonnen, seine Männer sogar in Australien auszubilden. Dass Matiullah gleichzeitig lokale Konkurrenten aus dem Weg räumt und seit 2002 immer wieder Bauern ermorden ließ, die sich weigerten, ihm ihr Land und gelegentlich auch ihre Töchter abzutreten, wird übergangen.

Und Matiullah selbst investiert sein Geld in Macht: Er hat bereits 70 Moscheen in der Provinz bauen lassen, unterstützt Bedürftige, die sich bei öffentlichen Sitzungen an ihn wenden wie früher an den König. Er empfängt

Delegationen aus anderen Städten und schlichtet Stammesfehden. In diesem Land, das weder die Kabuler Regierung, noch die Taliban, noch die ausländischen Streitkräfte kontrollieren, ist Matiullah damit ein Machtmagnet.

Mittlerweile ist er der stärkste Mann der Provinz, beliefert die Nato-Truppen mit Kies für ihre Lagerwälle und erweitert seine Kontrolle der Versorgungsrouten weit über Kandahar hinaus. Er hat potenzielle Rivalen ausgeschaltet, mehrere Mordversuche überlebt und seine Machtbasis gesichert – unabhängig davon, wer künftig in Afghanistan herrscht. Er, der Kommandeur einer offiziell nicht einmal existenten Polizeitruppe ist einer der kommenden Mächtigen des Landes. <<

CHRISTOPH REUTER

ist einer der renommiertesten Auslandsjournalisten Deutschlands. Er arbeitete unter anderem jahrelang als Korrespondent des *Stern* in Afghanistan, als einziger deutscher Reporter vor Ort. Von dort berichtete er zum Beispiel ausführlich über den Luftangriff von Kunduz am 4. September 2009.

zenith

Dieser Text ist eine Übernahme mit freundlicher Genehmigung der *zenith – Zeitschrift für den Orient*.

BASETRACK

Private First Class Mack Thornton, 22-jähriger Maschinengewehrschütze aus Sturgis, Kentucky, sitzt am 15. Oktober 2010 im Posten »Kunjak«. Er ist gerade von einer dreitägigen Patrouille zurückgekehrt, bei der aus seiner Gruppe ein Marine von einer IED getötet wurde. In Da Karez hatten die Soldaten Opium und Bombenmaterial aufgestöbert.

Foto: Teru Kuwayama



NOTIZ

Der etwas andere Dienstleister

Nichtregierungsorganisationen, kurz NGOs, – die Bezeichnung deutet das bereits an – stehen grundsätzlich außerhalb staatlicher Strukturen der Entwicklungshilfe und Außenpolitik. Dies hat gute Gründe, denn eine von staatlichen Stellen unabhängige, neutrale Position ist in diesem Geschäft die Grundlage erfolgreicher Arbeit. Nur wenn eine NGO von den Konfliktparteien als ehrlicher Helfer akzeptiert wird, kann sie ihre wichtige Entwicklungszusammenarbeit in einem Krisengebiet leisten, menschliches Leid durch humanitäre Projekte lindern.

Nicht von ungefähr stehen die meisten NGOs daher Konzepten der zivil-militärischen Zusammenarbeit, in der Nato als CIMIC bekannt, vorsichtig ausgedrückt, eher reserviert gegenüber. Diese Distanzierung ist aus Sicht der NGOs ver-

Das »Afghanistan NGO Safety Office« berät in Afghanistan tätige Nichtregierungsorganisationen seit Jahren erfolgreich in Sicherheitsfragen. Unabhängig von staatlichen Stellen liefert ANSO in seinen regelmäßigen Lageberichten dabei oft ein anderes als das offizielle Bild aus der Konfliktregion am Hindukusch.

Das schafft nicht nur Freunde. Von 2005 bis 2008 überwachte der Bundesnachrichtendienst die Organisation.

ständig – sie müssen schließlich auch nach dem absehbaren Abzug internationaler Truppen im Jahr 2014 noch im Land arbeiten können – birgt aber auch ein Problem in sich. Denn auch die »Unparteiischen« stehen vor der erheblichen Herausforderung, die Sicherheit ihrer Angestellten und Projekte in Gebieten mit oft schwieriger und unübersichtlicher Lage zu gewährleisten.

Kaum eine NGO hat aber die Strukturen und Kapazitäten, die hierzu nötigen Informationen und Fähigkeiten in Eigenregie zu beschaffen und zu unterhalten. Da sich eine enge Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen in dieser Frage aus den oben genannten Gründen verbietet, riefen die Europäische Kommission, das norwegische Außenministerium und die staatliche Schweizer Entwicklungshilfeorganisation SDC unter Federfüh-

rung der Welthungerhilfe die Afghan NGO Safety Office, kurz ANSO, ins Leben – eine Institution, die in Afghanistan tätigen NGOs in Sicherheitsfragen beratend zur Seite stehen soll. Unter der Leitung des Briten Nic Lee berät das Expertenteam seither NGOs in so praktischen Fragen wie Compoundauswahl und -ausbau oder der Entwicklung und Implementierung von Sicherheitsprotokollen.

Das Kerngeschäft von ANSO liegt aber in der Bereitstellung unabhängiger Informationen zu Stand und Entwicklung der Sicherheitslage im Land. Mit fünf regionalen Büros und einem Hauptquartier in Kabul hat ANSO sein Informationsnetz weit ausgeworfen. Durch die enge lokale und regionale Zusammenarbeit mit Afghanen, unter anderem auch ehemalige Angehörige der Sicherheits->>

ZIVILE SICHERHEIT

kräfte, verfügt die Organisation dabei über ein Ohr vor Ort und protokolliert sowohl sämtliche relevanten Sicherheitsvorfälle als auch solche Entwicklungen, die künftig bedeutsam werden könnten. In zweiwöchentlichen Berichten und quartalsweisen Überblicksstudien, deren Zahlen und Bewertungen häufig deutlich von den offiziellen Verlautbarungen seitens der afghanischen Regierung

Unerwünschte Aufmerksamkeiten aus Pullach

oder der ISAF abweichen, informiert ANSO seither ihre Klienten über die Entwicklung der Sicherheitslage. Sie zählen zum Besten, was man zur Lage in Afghanistan lesen kann.

Doch die erfolgreiche Informationsarbeit von ANSO weckte auch unerwünschte Begehrlichkeiten. Im Jahr 2008 wurde bekannt, dass der Bundesnachrichtendienst seit 2005 die Kommunikation der Organisation zum Teil abgehört und mitgelesen hatte. Die Schlapphüte aus Pullach dürften dabei insbesondere die guten Kontakte von ANSO in die gesamte afghanische Gesellschaft interessiert haben – eben auch die zur »anderen« Seite. Für ANSO bedeutete dies ein schwerwiegendes Problem, da einige Partner naturgemäß eher wenig Interesse daran hatten, ihre Identität und Informationen über ANSO quasi in Kopie

direkt an ISAF weiter zu senden. In der Folge wurde die Kommunikation nach außen deutlich reduziert, waren die Quartalsberichte teilweise nicht mehr auf der Website zu finden, die zudem bereits seit geraumer Zeit »under construction« ist. In der Blogosphäre kursierte gar die Frage: »Was ist mit ANSO passiert?«

Die Antwort darauf lautet zum Glück für die NGOs in Afghanistan: gibt es noch, arbeitet erfolgreich weiter. Mittlerweile unter dem Dach der International NGO Safety Organisation, einer in London ansässigen Organisation, ebenfalls unter Führung von Nic Lee und unterstützt von denselben Partnern wie ANSO, berichten die unabhängigen Experten weiter über die Entwicklung der Lage in Afghanistan und beraten die dort tätigen NGOs. **doe**

Quellen und Links:

[Website von ANSO mit den letzten öffentlich zugänglichen Quartalsberichten zur Lage in Afghanistan](#)

[Informationsbroschüre zur Gründung von INSO vom Mai 2011](#)

[Pressemitteilung der Welthungerhilfe vom 8. Dezember 2008 zum Abhörskandal um ANSO](#)

ÖKONOMIE

Arbeitslos und sicher?

Preisdumping auf dem Markt für Informationen

PRO von Caterina Becker

>> **Arbeitslosigkeit destabilisiert** Staaten und bietet den Nährboden für Aufständische. Diese Erkenntnis ist mittlerweile geradezu zur Binsenweisheit geworden. Und in der Tat: Insbesondere die Taliban scheinen ein attraktiver – oft der einzige – Arbeitgeber zu sein für Beschäftigungslose, die zu »Aufstandstachelgehältern« werden. Bereits im November 2009 haben die amerikanischen Politologen Eli Berman, Joseph Felter und Jacob Shapiro aber errechnet, dass in Aufstandsgebieten wie in Afghanistan, Irak und in den Philippinen die Zahl von Anschlägen auf Regierungseinrichtungen und -Soldaten keineswegs automatisch wächst, wenn die Arbeitslosigkeit steigt.

Es lohnt sich also, abseits der Binsenweisheit zu denken. Denn: Arbeitslosigkeit kann lokal und kurzfristig auch einen Nutzen für die den Kampf gegen die Taliban und andere Gruppen haben. Aufstandsbekämpfung – auch in Deutschland ist der englische Begriff »counter insurgency« (COIN) zunehmen

Die Verringerung der Arbeitslosenquote in den afghanischen Provinzen dient der ISAF immer häufiger als Mittel zur Aufstandsbekämpfung. Die wirtschaftliche Lage der Menschen spielt eine entscheidende Rolle. Also gewinnt der zivile Anteil von »counter insurgency« an Bedeutung, besonders wenn man die Abhängigkeit der Aufständischen beziehungsweise der Taliban vom Zuspruch der lokalen Zivilbevölkerung bedenkt.

Welche Rolle spielt aber der wirtschaftliche Erfolg von Einzelnen im Krieg am Hindukusch?

US-Forscher, unter anderem vom kalifornischen »Institute on Global Conflict and Cooperation«, haben eine gewagte These aufgestellt.

Beschäftigungslosigkeit ist neutral

CONTRA von Wolfgang Alschner

>> **Der Zusammenhang zwischen** Arbeitslosigkeit und Sicherheit ist zweifelsohne komplex. Nicht nur weil beide Größen einander bedingen und die Art des jeweiligen Einflusses schwer zu bestimmen ist, sondern auch weil viele andere Faktoren das Verhältnis beider beeinflussen. Sowohl psychologische Größen wie Einschüchterung und politische Motive bis hin zu »messbaren« materiellen Faktoren haben Auswirkung auf das Zusammenspiel von Arbeitslosigkeit und Sicherheit.

Für die Aufstandsbekämpfung in Afghanistan bedeutet es, dass die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit allein keinen Mehrwert bringen kann. Mit anderen Worten, Arbeitslosigkeit an sich ist in erster Linie neutral. Ob empirische Studien einen positiven oder negativen Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Sicherheit feststellen, ist daher zweitrangig. Es sind letztlich die weiterreichenden Lebensumstände der Men-

DISKURS

geläufig – zielt darauf ab, die Köpfe und Herzen der Menschen zu gewinnen, Aufständischer habhaft zu werden und die Sicherheit zu erhöhen. Dafür sind die COIN-Kräfte besonders stark auf Informationen angewiesen. Gerade solche Informationen werden aber billiger, wenn die Arbeitslosigkeit steigt. Der Markt für Information und sachdienliche Hinweise bewegt sich somit im Falle von hoher Arbeitslosigkeit und sinkender Verdienste zu einem geringeren »Stückpreis« für jede einzelne Information – und damit erhöht sich der Grad an Sicherheit. Diese Korrelation stellt einen simplen ökonomischen Zusammenhang dar, den die COIN-Kräfte nutzen können, um auf kosteneffektive Art und Weise die aufständische Gewalt zu verringern.

Die Bezahlung für Informationen muss auch keineswegs immer nur mit Geld erfolgen: Auch die Bereitstellung öffentlicher Güter – Schulen, Strom- und Wasserversorgung, Infrastruktur – durch die Regierung stellt ein Anreiz für die Bevölkerung dar, ihre Informationen mit der Regierungsseite und eben nicht den Aufständischen zu teilen.

Zumindest solange der Nutzen für den Einzelnen das Risiko übersteigt, von den Aufständischen »bestraft« zu werden.

Auf kurze Sicht kann Arbeitslosigkeit also paradoxerweise helfen, Aufständische zu bekämpfen und – lokal – die Sicherheit der Bevölkerung zu erhöhen. <<

Ein geringerer »Stückpreis« für einzelne Informationen

Quellen und Links:

[Arbeitspapier »Do Working Men Rebel?« des »Institute on Global Conflict and Cooperation« vom Dezember 2010](#)

schen, die Arbeitslosigkeit einen Kontext geben und zu einem Erfolg oder Scheitern der Aufstandsbekämpfung führen. Das Ziel, die Köpfe und Herzen der Menschen zu gewinnen, ist dabei vielsagender als er klingen mag. Es gilt, die gefühlte Lebensqualität der örtlichen Bevölkerung zu erhöhen. Die Schaffung von Arbeitsplätzen kann dabei nur als einer von vielen Aspekten einer Counter-Insurgency-Strategie erfolgreich sein.

Wenn also nur im Kontext die Schaffung von Arbeitsplätzen volle Wirkung entfalten kann, heißt dies, dass in anderen Umständen die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit sogar kontraproduktiv sein könnte? Ein Beispiel dafür könnte tatsächlich der Markt für Informationen zur Aufstandsbekämpfung sein. Ist die Arbeitslosigkeit hoch, sind Hinweise über die Taliban »billig«.

In der Hand der ISAF können diese Informationen wiederum zur Verhinderung und Reduzierung von Gewalt genutzt werden. Leider verkennt diese Analyse wiederum die Rolle des Kontexts. Der Markt an Information ist ebenso neutral wie Arbeitslosigkeit. Mit anderen Worten: Genauso wie die ISAF können die Taliban auf diesem Markt Informationen preiswert erwerben. Die wiederum können Anschläge erleichtern und zu einem Anstieg der Gewalt führen.

Das Verhältnis von Arbeitslosigkeit und Sicherheit ist also weder auf Binsenweisheiten zu reduzieren noch zu verallgemeinern. Es kommt stattdessen auf die weiteren Lebensumstände der Menschen an. Und da gibt es in Afghanistan noch viel zu tun. <<



Soldaten der »Afghanischen Nationalarmee« sind anlässlich einer Abschlusszeremonie neben dem Distriktzentrum von Musa Qula angetreten.

Foto: Teru Kuwayama

EINSATZERFAHRUNG

Krieger in der Minderheit

von Marcus Mohr

>> **Michael Matz ist eine Seltenheit** im deutschen Militär. Als er 1979 zum »Bund« ging lautete das Motto der Bundeswehr noch: »Kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen«. Heute ist der Oberst einer von weniger als zwei Dutzend deutschen Stabsoffizieren, die echte Kampferfahrung besitzen. »Ich bin der erste deutsche Offizier, der seit dem Zweiten Weltkrieg wieder selbst ein Gefecht geführt hat«, erklärt er selbst-, aber auch verantwortungsbewusst. In einer simplifizierten Einsatzsoziologie der Bundeswehr am Hindukusch gehört der 51-Jährige damit zu den »Draußis« und den »jungen Kriegern« – im Unterschied zu den »Drinnis«, zum Beispiel Logistiker, und zu den »kalten Kriegern«, die nur das theoretische Schlachtfeld der vergangenen Blockkonfrontation kennen.

Das ist das Besondere am Afghanistaneinsatz der Bundeswehr: Auch wenn deutsche Soldatinnen und Soldaten bereits seit den 1990er Jahren Auslandsmissionen kennen – erst seit dem Sommer 2009 wird ihnen ihre soldatische Kernaufgabe abverlangt: Das Kämpfen, das Töten und die Bereitschaft, selbst getötet zu werden.

Vorher waren die Soldaten von ihrer politischen Führung dazu verdammt gewesen, passiv zu bleiben, sich defensiv zu verhalten – ganz im Unterschied zu den Verbündeten wie Franzosen, Briten oder Amerikanern, mit denen sich die politische und militärische Führung in Berlin gerne auf einer Augenhöhe wüsste. Die Folge der Zurückhaltung war, dass die Bundeswehr bis 2009 die Kontrolle über den für »ruhig« gehaltenen Norden Afghanistans und selbst über die unmittelbare

Obwohl bereits seit 2002 in Afghanistan präsent, lernt die Bundeswehr erst seit 2009 das Kämpfen. Die heimkehrenden Veteranen stoßen indes nicht nur in der zivilen Gesellschaft der Heimat auf Verständnisprobleme.

Es ist auch eine ungewohnte Rolle für eine Armee, der der Kalte Krieg noch in den Knochen steckt.

Von »Drinnis« und »Draußis«, von »kalten« und »jungen Kriegern«

telbare Nachbarschaft ihrer Stützpunkte an Taliban und andere Aufständische verlor. Was die Soldaten in dieser Zeit erlebten, war Terror: Besonders die Angehörigen des »Provincial Reconstruction Teams« (PRT) in Kunduz wurden immer häufiger beschossen.

Bisweilen allnächtlich mussten die Soldaten und die zivilen Mitarbeiter des PRT bei Alarm in >>

EINSATZERFAHRUNG

die Schutzräume ihres Feldlagers rennen, flüchten vor unbekanntem Angreifern aus dem Dunkeln.

Unter anderem dieser alltäglichen Terrorisierung war es wohl auch geschuldet, dass der Kommandeur in Kunduz, Oberst Georg Klein, im September 2009 den Befehl zur Bombardierung zweier von Aufständischen gekaperter Tanklaster gab.

Erst wenn die Soldaten zurückschießen dürfen, wird aus Terror Krieg.

Egal, ob diese als rollende Bomben gegen die deutsche Basis hätten eingesetzt werden können – es war ein deutliches Zeichen, dass die Deutschen nicht länger in ihrer Passivität verharren würden. In dieser Nacht mit schrecklicher Konsequenz.

Diesem Wandel im Verhalten der Bundeswehr war vorangegangen, dass das Verteidigungsministerium sich im Sommer 2009 durchgerungen hatte, die »Rules of Engagement« zu ändern – die Vorschrift, die unter anderem den Schusswaffengebrauch streng regelt. Zuvor durften deutsche Soldaten sich nur selbst verteidigen, wenn sie direkt beschossen wurden.kehrte ein Angreifer ihnen den Rücken zu, waren den Deutschen die Hände gebunden: Die Vorschrift verbot in dieser Situation den scharfen Schuss. Der »Hit and

run«-Taktik der Aufständischen spielte das in die Hände. Seit dem Juli 2009 gewähren die Einsatzregeln den Bundeswehrsoldaten mehr Entscheidungsfreiheit über den Gebrauch ihrer Waffen, und das Militär zeigt wieder »Präsenz im Raum«, wie es im Fachjargon heißt. Erstmals seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs dürfen deutsche Soldaten ausdrücklich wieder kämpfen.

An die ungewohnte Rolle tastete sich die Bundeswehr äußerst langsam heran. Seit Ende Juni 2008 stellte die Bundeswehr die »Quick Reaction Force« (QRF) in Nordafghanistan, eine militärische »Feuerwehr«, die dem Kommandeur des Regionalkommandos Nord als Reserve zur Verfügung stand, um dorthin eilen zu können, wo es gerade »brennt«. Und das sind bis heute besonders die Provinzen Kunduz und Baghlan, durch die die Nachschubstraßen für die Isaf verlaufen. Mittendrin der Stützpunkt des deutschen PRT am Flugfeld von Kunduz.

In diesen Nato-Kürzeln »PRT« und »QRF« versteckt sich das ganze Dilemma der deutschen Afghanistanstrategie. Die »Provinz-Wiederaufbau-Teams«, ab 2004 aufgestellt, entsprachen noch einigermaßen dem Klischeebild vom »bewaffneten Entwicklungshelfer«: Der politische Auftrag lautete, die über Jahre des Krieges zerstörte Infrastruktur Afghanistans instandzusetzen und diese Arbeit notfalls mit Waffengewalt zu verteidigen. Reichten die Mittel der PRTs zum Selbstschutz nicht mehr aus – jedem der drei deutschen PRT-Stützpunkte stehen nicht mehr als je rund hundert Infanteristen zur Verfügung – handelte die »schnelle Eingreiftruppe«, bis 2008 Norweger. Solange aber die politische Führung aus

Berlin Verwundete und vor allem Gefallene am fernen Hindukusch vermeiden wollte, ging das Konzept nie auf. Die Aufständischen kontrollierten die ländlichen Gebiete.

Begriffen hatte anscheinend auch die Politik nicht, dass in dieser Lage die militärische Konfrontation unausweichlich geworden war. »Was hat die QRF in den letzten Monaten zur Korruptionsbekämpfung getan?«, fragte ein Bundestagsabgeordneter im Frühjahr 2009 den Kommandeur der Truppe, damals Oberst Matz. Der Soldat war verblüfft: Der Parlamentarier hatte anscheinend nicht verstanden, welche Aufgaben der Eingreifverband hat und welche nicht.

Von April bis November 2009 befehligte Matz die deutsche QRF in Nordafghanistan. In eigenen Worten klingt seine Erfahrung nüchtern: »Mit dem Auftrag, das im Feuerkampf stehende afghanische Bataillon einschließlich deutschem Operational Mentor Liaison Team im Raum Polizeistation Zar Kharid-i-Sufla zu verstärken, verlegte die 2. Kompanie QRF am 19. Juli mit Panzergrenadierzug voraus«, berichtet er über nur eines von über 50 Gefechten, die er hatte führen müssen. »Zum Zeitpunkt der Verbindungsaufnahme mit den deutschen Kräften hatten sich diese aus einem Hinterhalt gelöst, waren auf die Polizeistation ausgewichen und standen mit ihren Spitzen im Feuerkampf mit Feindkräften bei Baaghi Sheerkat.«

Die Sprache hört sich für deutsche Ohren nach längst vergangener Zeit an. Sie stammt aber nicht aus der Feder eines Wehrmachtsoffiziers. Für die afghanischen und deutschen Soldaten steckt harte, manchmal blutige Realität dahinter – im Hier und Jetzt. Was Matz so trocken ausdrückt, ist, >>

EINSATZERFAHRUNG

was nach dem »Karfreitagsgefecht« bei Isa Khel am 2. April 2010 der vorige Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg stellvertretend für die politische Elite auch endlich als »Krieg« bezeichnet hat.

»Hinterhalt«, »Ausweichen«, »Feuerkampf« bedeutet stundenlange Anspannung auf Patrouille, dann ein Überfall, geordneter Rückzug und Gegenangriff. Kugelhagel und Mörserbrüllen. Lärm, Rauch, Staub und Angstschweiß. Weiter entfernt von der Realität eines Caffè Latte in einer Fußgängerzone kann es nicht mehr sein.

Vor dem Desinteresse der deutschen Gesellschaft gegenüber ihren Soldaten warnt Joachim Käppner von der *Süddeutschen Zeitung*. »Jetzt schlägt eine gesunde Skepsis um in Ignoranz«, und fährt fort: »Für eine Generation von Soldaten, die nicht wie ihre Vorväter gegen, sondern für Frieden und Freiheit ihr Leben riskiert, ist das eine verstörende Erfahrung.«

In die Heimat aber kehren Veteranen zurück, die nicht nur in der Zivilgesellschaft, sondern auch in der Bundeswehr selbst eine Minderheit sind. Die jungen Mannschaften und Unteroffiziere haben teils schwerste Gefechte erlebt, die, bis auf wenige Ausnahmen wie Michael Matz, kaum ein Offizier kennt. Ihre Erfahrungen sind extrem, sie sind nicht die ersten Afghanistanrückkehrer, von denen manche unter posttraumatischen Belastungsstörungen leiden. Ob die Änderung der Verhaltensregeln im Sommer 2009 die Soldaten psychologisch zumindest teilweise entlastet, ist noch nicht klar. »Auch wenn sich dieser Zusammenhang vermuten lässt«, erklärt Doktor Jens Kowalski vom Traumazentrum des Bundeswehr-

krankenhauses Berlin, »es gibt noch keine empirische Erfassung, keine arbeitspsychologische Untersuchung.« Die Entwicklung ist für die Bundeswehr noch viel zu jung. Das Traumazentrum wurde erst im Mai 2010 eingerichtet.

Bringt die Kampferfahrung einen Karriereschub?

Ob sie überhaupt, und wenn ja, welche Lehren die Bundeswehr als Organisation dem Krieg am Hindukusch zieht, ist ebenso noch offen, wie Anja Seiffert vom Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr zugibt: »Solche Entwicklungen dauern einfach sehr lange.« Während hochrangige Offiziere schon länger die Umsetzung von »lessons learned« verlangen, kann Projektleiterin Seiffert erst im Spätsommer dieses die erste große, interne Studie unter anderem zum Kampfeinsatz abschließen, die aber bis auf weiteres der Öffentlichkeit nicht zugänglich sein wird. Fest steht: Im Vergleich zu allen aktiven Soldaten der Bundeswehr ist die Zahl der Afghanistanveteranen relativ klein. Geschätzt 35.000 deutsche Soldaten haben ein oder mehrere Einsätze am Hindukusch abgedient, aber nur einige Tausend waren als Panzergrenadiere, Jäger, Fallschirm- oder Gebirgsjäger wirklich »draußen«.

Die bleibende Erfahrung aus Afghanistan für die Bundeswehr ist: Zum ersten Mal seit dem

Zweiten Weltkrieg stehen deutsche Soldaten wieder im Kriegseinsatz. Nach über sechzig Jahren des Schlachtenschlagens im Sandkasten sind das eine Feuertaufe und ein Härtetest, die gerade der bürokratische Wasserkopf der Bundeswehr nur knapp besteht. »Die praktischen Lehren aus Afghanistan haben wir noch lange nicht alle umgesetzt«, sagt Matz. Er leitet heute das »Gefechtsübungszentrum Heer« in der Altmark. Er ist der erste Soldat auf dem Posten, der Gefechtserfahrung hat. Ob diese Erfahrung ein Karriereplus ist, wird sich für Michael Matz, der zwölf weitere Dienstjahre vor sich hat, noch herausstellen müssen.

Die Begegnung mit den jüngeren Veteranen beschreibt Soziologin Seiffert: »Vor dem Einsatz hat man in junge Gesichter gesehen, danach habe ich aber durchaus sehr ernsthafte Gesichter gesehen.« Sie habe den Eindruck, die 20- bis 30-jährigen Soldaten »sind auch ein wenig erwachsener geworden. Und sie beschreiben es im Übrigen selber genauso.« <<

Quellen und Links:

[Hintergrundbericht der SZ vom 6. Mai 2011](#)

[Jahresbericht 2010 des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr vom Januar 2011](#)

[Bericht von ZDF heute vom 17. November 2010](#)

[Reportage in der FAZ vom 15. November 2010](#)

[Hintergrundbericht des Spiegel vom 2. April 2010](#)

KUNDUZ-AFFÄRE

Falsche Kameradschaft oder Absolution?

von Sebastian Hoffmeister

>> **Es war und ist** eine »Frage von Krieg und Frieden« – die rechtliche Situation rund um den ISAF-Luftangriff auf zwei Tanklaster in der Nähe von Kunduz im September 2009. Unter die straf- und disziplinarrechtliche Aufarbeitung des tödlichen Vorfalls in der afghanischen Konfliktzone wurde mit der Einstellung des strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens und jetzt mit der Beendigung der disziplinarischen Vorermittlungen ein vorläufiger Schluss-Strich gezogen. Die politische Aufarbeitung des Luftangriffs geht freilich weiter – der Kunduz-Untersuchungsausschuss des Bundestages wird seine Arbeit noch mindestens bis zum Jahresende fortsetzen.

Der Angriff, die Umstände, die zu ihm geführt haben, und seine Auswirkungen beschäftigten seit über einem Jahr Medien, Politik und Strafverfolgungsbehörden. Aber bereits im April hatte die Bundesanwaltschaft das strafrechtliche Verfahren gegen Oberst Georg Klein eingestellt, der den Einsatz der US-Jagdbomber angeordnet hatte. Sie folgte dabei vollständig einem Standpunkt, der auch im *ADLAS* vertreten wurde: Demnach handelt es sich bei dem Konflikt in Afghanistan zumindest örtlich beschränkt um einen »nicht-internationalen bewaffneten Konflikt«, welcher zur Anwendung des

Der Luftangriff von Kunduz beschäftigte seit dem 4. September 2009 monatelang deutsche Medien, Politik und Strafverfolgungsbehörden. Im April 2010 stellte die Bundesanwaltschaft das Verfahren gegen Oberst Georg Klein ein, der die Verantwortung für die umstrittene Entscheidung trägt. Im August letzten Jahres endete auch das Disziplinarverfahren gegen den Offizier.

ADLAS fragte in seiner Ausgabe 3/2010, ob das zu Recht geschehen ist.

Humanitären Völkerrechts führt. Folglich war auf Ebene des deutschen Strafrechts das Völkerstrafgesetzbuch (VStGB) anzuwenden. Die Prüfung der Bundesanwaltschaft ergab die Nicht-einschlägigkeit des Paragraphen 11 des VStGB, welcher die Anwendung »verbotener Methoden der Kriegsführung« unter Strafe stellt.

Dabei stützte sie ihre Entscheidung auf zwei voneinander getrennte Aspekte, von denen ein jeder für sich genommen schon zur Einstellung des Verfahrens gegen den Kommandeur des PRT Kunduz hätte führen müssen. So war nach Feststellungen aus Sicht des örtlichen Befehlshabers Klein zum Zeitpunkt des Angriffs – und nur auf diesen kommt es dem Paragraphen 11 an – nicht sicher, dass sich Zivilisten rund um die Lastwagen aufhielten: Nach den Angaben des Informanten wäre »die Anwesenheit geschützter Zivilisten fernliegend« gewesen.

**Im internationalen
Einsatz ist die
Rechtslage mehr
als unklar.**

>>

KUNDUZ-AFFÄRE

Darüber hinaus wäre auch im umgekehrten Falle die Unverhältnismäßigkeit der zivilen Begleitschäden nicht ohne weiteres gegeben: Selbst wenn »mit der Tötung mehrerer Dutzend geschützter Zivilisten hätte gerechnet werden müssen«, so wurde von der Bundesanwaltschaft »hilfsweise« angeführt, hätte dies »bei taktisch-militärischer Betrachtung nicht außerhalb jeden Verhältnisses zu den erwarteten militärischen Vorteilen gestanden«. In der

nicht öffentlichen Einstellungsverfügung wird die »nicht zu unterschätzende militärische Bedeutung« sowohl der Bekämpfung der Tanklastzüge als auch Ausschaltung ranghoher Taliban betont. Es handelt sich also in der Tat um einen »Freispruch erster Klasse« für Klein.

Falschaussage des Nicht-Angeklagten?

Etwas differenzierter sieht die Rechtslage im Hinblick auf das Disziplinarrecht aus. Ein pauschaler Verweis auf die Einstellungsverfügung der Bundesanwaltschaft reicht nicht aus, ist doch Prüfungsumfang und -maßstab ein ganz anderer als bei strafrechtlichen Ermittlungen. Beim Disziplinarrecht unterliegt die Entscheidung zum Einschreiten dem Dienstherren, hier vertreten durch den Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg, wiederum vertreten durch den Inspekteur des Heeres. Dieser wies den Wehrdisziplinaranwalt an, im Rahmen »disziplinarer Vorermittlungen zu prüfen, ob das Handeln von Herrn Oberst i.G. Klein dienstrechtlich zu beanstanden sei.« Ein Dienstvergehen liegt dann vor, wenn der Soldat eine Dienstpflicht verletzt. Die grundlegende Dienstpflicht ist in Paragraph 7 des Soldatengesetzes festgelegt: Der Soldat hat die Pflicht »treu zu dienen«. Dahinter verbirgt sich vor allem die Verpflichtung, verbindliche Befehle auch zu befolgen.

Hier ließ das Ergebnis der disziplinarrechtlichen Prüfung in seiner Eindeutigkeit nicht zu wünschen übrig: »Anhaltspunkte für ein Dienstvergehen haben sich nicht ergeben.« Die Pressemitteilung des Presse- und Informationszentrum des Heeres macht keine Angaben zu den Gründen oder Erwägungen, die zur Einstellung der Ermittlungen geführt haben. Nachfragen des ADLAS wurden abschlägig beantwortet. Angeblich prüfe die Wehrdisziplinaranwaltschaft alle Punkte, die auch schon im ADLAS 1/2010 als problematisch eingestuft wurden: Ein Verstoß gegen die internationalen beziehungsweise natio-

nen Einsatzregeln des ISAF-Einsatzes und »Rules of Engagement« (ROE). So eindeutig, wie das PIZ suggeriert, ist die Rechtslage folglich nicht.

Immerhin stellt der Untersuchungsbericht des ISAF-Hauptquartiers eine Verletzung der ROE fest: So hat Oberst Klein angeordnet, auf eine »show of force« durch einen vorherigen warnenden Überflug vor dem Angriff zu verzichten. Auch ist seine Behauptung, eigene Kräfte hätten sich in Feindkontakt befunden, möglicherweise unzutreffend.

Die Rechtsnatur der militärischen Einsatzregeln ist allerdings umstritten. Sie können nicht ohne weiteres als Befehle eingestuft werden – dazu sind sie teilweise nicht eindeutig genug. Gleichzeitig kennt das deutsche Wehrrecht auch keinen »ausländischen Vorgesetzten«. Vorgesetzter eines deutschen Soldaten kann demnach nur ein anderer deutscher Soldat sein. So war der damalige ISAF-Oberbefehlshaber Stanley McChrystal im Rechtssinne kein Vorgesetzter Kleins, der letzterem wirksame Befehle hätte erteilen können.

Konsequenz dieses schwer verständlichen Umstands: Die Verbindlichkeit internationaler ROE einem deutschen Soldaten gegenüber ist zumindest fraglich. Anderes gilt natürlich, wenn sie als konkrete Anweisungen für den Einzelfall etwa in einer »Taschenkarte« herunter gebrochen werden. Solche Taschenkarten werden häufig in einem multinationalen Einsatz vom nationalen Kontingent herausgegeben, um die komplizierten Einsatzregeln für die einzelnen Soldaten verständlich zu machen.

Deutlich wird: Obwohl die Bundeswehr seit über 20 Jahren an internationalen Einsätzen teilnimmt, bleibt die Rechtslage erschreckend unklar. Es war also reichlich interpretatorischer Raum gegeben, einen möglichen Regelverstoß Georg Kleins definitiv zu überwinden. Und: Wer weiß, ob nicht doch eigene Truppen in Feindkontakt standen? Truppen, von denen die Öffentlichkeit nichts erfahren soll. <<

Quellen und Links:

[Kommentar von Matthias Gebauer im Spiegel vom 19. August 2010](#)

[Kommentar von Jürgen Rose im Freitag vom 3. September 2010](#)



Ausgang des Erholungszentrums von Camp
»Leatherneck«, dem Hauptstützpunkt der Marines
in Helmand.

Foto: Teru Kuwayama

ADLAS

Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

ist aus dem »Aktualisierten Dresdner InfoLetter für Außen- und Sicherheitspolitik« des Dresdner Arbeitskreises für Sicherheits- und Außenpolitik hervorgegangen und besteht seit 2007. Er erscheint seit 2010 als das überparteiliche, akademische Journal des Bundesverbandes Sicherheitspolitik an Hochschulen (BSH). <<

Der *ADLAS* erscheint quartalsweise und ist zu beziehen über www.adlas-magazin.de.

Herausgeber: Michael Seibold
Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen
Zeppelinstraße 7A, 53177 Bonn

Redaktion: Wolfgang Alschner (wal), Stefan Dölling (doe), Sophie Eisentraut (eis), Sebastian Hoffmeister (hoff), Dieter Imme (dim), Christian Kollrich (koll), Marcus Mohr (mmo) (V.i.S.d.P.), Michael Seibold (mse), Stefan Stahlberg (sts)

Layout: Marcus Mohr

Autoren: Caterina Becker, Christoph Reuter, Johanna Lange

Fotografen: Balasz Gardi, Teru Kuwayama

Copyright: *ADLAS* Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

Zitate nur mit Quellenangabe. Nachdruck nur mit Genehmigung. Für die Namensbeiträge sind inhaltlich die Autoren verantwortlich, ihre Texte geben aber nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des BSH wieder. <<

DER BUNDESVERBAND SICHERHEITSPOLITIK AN HOCHSCHULEN

verfolgt das Ziel, einen angeregten Dialog über Außen- und Sicherheitspolitik zwischen den Universitäten, der Öffentlichkeit und der Politik in Deutschland herzustellen. Durch seine überparteilichen Bildungs- und Informationsangebote will der BSH vor allem an den Hochschulen eine sachliche, akademische Auseinandersetzung mit dem Thema Sicherheitspolitik fördern und somit zu einer informierten Debatte in der Öffentlichkeit beitragen. Unterstützt wird der BSH durch seine Mutterorganisation, den Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr. <<

Weitere Informationen zum BSH gibt es unter www.sicherheitspolitik.de.

ADLAS 4/2011 ISSN 1869-1684

Foto: Bundeswehr / Michael Benndorf



Ausgabe 1/2012

SCHWERPUNKT GESUNDHEIT
Die humane Dimension der Sicherheit